

2H. misc. 25 =

Hallische Beiträge
zur Geschichtsforschung

herausgegeben von
Theodor Lindner.
Heft IV.

Der
Uebergang der Mark Brandenburg
an
das Haus Wittelsbach.

Von
Dr. Gustav Salchow.



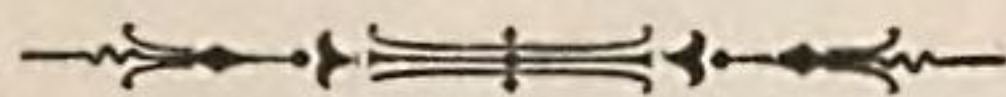
Halle a. S.,
Druck und Verlag von C. A. Kaemmerer & Co.
1893.

1250

Hallische Beiträge
zur Geschichtsforschung
herausgegeben von
Theodor Lindner.
Heft IV.

Der
Uebergang der Mark Brandenburg
an
das Haus Wittelsbach.

Von
Dr. Gustav Salchow.



Halle a. S.,
Druck und Verlag von C. A. Kaemmerer & Co.
1893.

Holische Götter

zur Geschichtsforschung

Theodor Lindner

Heft 17

Der

Uebergang der Mark Brandenburg

des Mark Brandenburg

Dr. Gustav Schöner

Heft 17

Ueber die Mark Brandenburg

Heft 17

Die Gefahr der Zerstücklung, die infolge der starken Vermehrung der Askanier der Mark Brandenburg drohte, wurde beseitigt, als nach dem Aussterben der ottonischen Linie im Jahre 1317 Waldemar fast den gesamten askanischen Besitz wieder vereinigte. Unter ihm umfasste die brandenburgische Macht ausser bedeutenden Lehnsrechten auf benachbarte Länder die später sogenannte Mittelmark, Altmark, Priegnitz, Uckermark, zu jener Zeit Uckerland geheissen, das Land über der Oder, später Neumark genannt, die Ober- und Niederlausitz, sowie Teile vom Erzstifte Magdeburg, von Schlesien, Thüringen und Meissen. Waldemar selbst, in dessen Hand sich dieser grosse Länderkomplex vereinigte, stand zwar noch in sehr jugendlichem Alter, aber er besass in reichem Masse die Vorzüge und Fähigkeiten, durch die mehrere seiner Vorgänger das Land zu Macht und Ansehen gebracht hatten. „Von Gestalt war er nur klein, aber von grosser Körperstärke“, so schildert ihn uns der Verfasser der brandenburgischen Fürstenchronik¹⁾. „Er gebrauchte mehr fremde Kräfte, als die seines eigenen Landes; denn er hegte viele Barone, Edle und Mächtige, die aus den verschiedensten Gegenden an seinem Hofe zusammenflossen. Er war überdies im höchsten Grade eitel und prunksüchtig“. Diese Schilderung ist keine besonders wohlwollende.

1) Sello Chron. Marchion. Brand. Cap. XXI, in den Forschungen zur brand.- preuss. Geschichte Band I, 131.

Gewiss war Waldemars Charakter von diesen Schwächen nicht frei; in der That war sein Sinn für äusseren Glanz empfänglich, ja selbst kostspieligem Aufwand nicht abgeneigt, aber das Urtheil ist doch recht einseitig, denn es bleibt bei den Äusserlichkeiten stehen. Vervollständigt wird uns daher das Bild dieser Persönlichkeit erst, wenn wir uns die politische Bedeutung vergegenwärtigen, die ihm vornehmlich die Teilnahme an den Ereignissen im nördlichen Deutschland verschafft hat. Mächtig und tief eingreifend in die Geschehnisse des Nordens durch eine konsequente, wenn auch etwas gewaltsame Centralisationspolitik, erschreckte er seine Nachbarn, die sich aus Furcht vor der aufblühenden und um sich greifenden Macht Brandenburgs gegen ihn zu einem grossen Bunde zusammenschlossen. Die Fürsten von Dänemark, Polen, Mecklenburg, Rügen, Holstein, Lüneburg, Sachsen, Meissen insbesondere und eine ganze Reihe von anderen Herzögen, Grafen und Rittern verbanden sich¹⁾, um vereint den Herrschaftsgelüsten des brandenburgischen Markgrafen entgegenzutreten. Den unmittelbaren Anlass dazu bot das Eintreten Waldemars zu Gunsten von Stralsund gegen Witzlaw von Rügen. Der Krieg zog sich durch mehrere Jahre hin, und Waldemar erlitt durch Heinrich den Löwen von Mecklenburg im August 1316 bei Gransee eine Niederlage. Aber obwohl im Felde besiegt, ging er aus diesem Waffengange ohne grösseren Verlust an Land hervor. Im Frieden zu Templin, am 24. November 1317, musste er auf Stargard verzichten, das er hatte erwerben wollen, behauptete aber sonst alles, wenn man absehen will von geringen Einbussen bei den Grenzregulierungen mit Thüringen-Meissen, an das er einzelne

1) Vgl. über diese Verhältnisse und ihren Verlauf zunächst die einschlägigen Urkunden vom 16. März 1315 an bei Riedel *Codex diplomaticus Brandenburgensis* B, I, 437 (im folgenden nur mit „Riedel“ citiert; A, B, C, D sind die 4 Haupttheile, und I, II, u. s. w. deren einzelne Bände.) — Theo. Fischer *Heinrich der Löwe von Mecklenburg etc.* Rostocker Diss. 1888. — Sello a. a. O. S. 168, n. 97 und 172, n. 102. — v. Klöden *Diplomat. Geschichte des Markgrafen Wald. v. Brdg.* II, 189 ff (204).

Plätze und Ortschaften abtrat. Waldemars Absicht war misslungen, aber auch seine Gegner hatten ihre Zwecke nicht völlig erreicht, sodass, politisch betrachtet, der Ausgang des Krieges für Brandenburg nicht ganz so ungünstig war, als er erscheint. Denn das Unternehmen der verbündeten Mächte war die erste grosse Reaktion gegen die Entwicklung, die der Staat Albrechts des Bären bisher genommen. Aus dem Ländergewirr des Nordens hatte er sich im Laufe der Zeit am lebenskräftigsten unter den übrigen herausgebildet und war auf dem besten Wege, die anderen allmählich in sich aufzunehmen. Nur soviel hatten jetzt die Mitglieder der grossen Koalition durch ihren Zusammenschluss bewirkt, dass diese Entwicklung für den Augenblick zum Stillstand kam. Nicht gelungen war ihnen dagegen, die Machtstellung des brandenburgischen Staates zu erschüttern.

Leider aber folgte dieser glänzenden Leistung und Blüte des Landes im schroffen Wechsel sein Verfall auf dem Fusse nach. Waldemar überlebte den Friedensschluss nicht mehr lange. Schon zwei Jahre darauf, am 14. August 1319, starb er plötzlich an einem heftigen Fieber zu Bärwalde, nördlich von Küstrin, erst 28 Jahre alt¹⁾. Sein Leichnam wurde unter dem Wehklagen des Volkes im Kloster Chorin bestattet, wie er es in einer seiner letzten Urkunden²⁾ bestimmt hatte. Mit seinem Tode brachen verhängnisvolle Wirren über die Mark herein, und es begann für sie und die meisten Staaten des Nordens ein neuer Zeitabschnitt, in dem der bisherige Aufsaugungsprocess in sein Gegenteil sich verwandelte und die bisher niedergedrückten und gehemmten Mächte zu neuem Leben erstanden. So manche politische Streitfrage, die später dem Geschlecht der Hohenzollern bei dem Neubau des Staates auf eben diesem Grunde Schwierigkeiten bereitete und, wie bei Pommern, erst spät gelöst wurde, reicht mit ihrer Entstehung in diese Epoche hinein. In den trüben Zeiten

1) Über seinen Todestag vgl. Gercken Vermischte Abhandlungen I, 149 ff. — Riedel B, I, 541 ff. — v. Klöden a. a. O. II, 317 und 339.

2) Riedel A, XIII, 240.

unmittelbar nach dem Tode des grossen Askaniers erhoben sich auf allen Seiten die Nachbarn und suchten Teile der Mark an sich zu bringen. So manche Gebiete gingen in dieser kurzen Zwischenzeit verloren und wurden von den Wittelsbachern, den Nachfolgern der Askanier in der Regierung des Landes, nicht wieder zurückgewonnen.

Der im folgenden unternommene Versuch, den Übergang der Mark an das Haus Baiern darzustellen, erfordert es, zunächst die Ereignisse der märkischen Anarchie vom Tode Waldemars bis zur Besitzgreifung durch die Wittelsbacher des Näheren zu betrachten.

Als Waldemar starb, stand der brandenburgische Staat nur noch auf zwei Augen. Der Tod hatte alle übrigen männlichen Glieder des Hauses dahingerafft, und auch Waldemars Ehe mit Agnes, der Tochter Hermanns des Langen, war kinderlos geblieben. Von dem an männlichen Sprossen einst so reichen Geschlechte lebte nur noch ein unmündiger Knabe¹⁾, Markgraf Heinrich von Landsberg, der Sohn Heinrichs ohne Land²⁾ aus dessen Ehe mit Agnes, einer Stiefschwester Ludwigs von Baiern. Auf ihn ging nun die Nachfolge über, wenigstens dem formellen Rechte nach; denn in den thatsächlichen Besitz der ererbten Lande

1) Die irrtümlichen Ansichten älterer Schriftsteller — wie des Garcaeus und Hafftiz — über den Ausgang des askanischen Geschlechts hat bereits Voigt „Der Ausgang des askanischen Hauses in der Mark“ (Märkische Forschungen VI, S. 103) richtig gestellt. Auch Raumer führt in seinem Cod. dipl. Brdbg. I, 6, n. 6 eine Urkunde vom 14. August 1321 an und glaubt in dem darin vorkommenden Markgrafen Waldemar den in brandb. Geschichtsbüchern oft übergangenen Markgrafen Waldemar, einen zweiter Sohn Heinrichs ohne Land, gefunden zu haben; allein die genannte Urkunde gehört nach Riedel (A, II, 458) in das Jahr 1318.

2) Heinrich I. ohne Land war kurz vor Waldemar gestorben. Nach Riedel B, I, 409 urkundet er zum letzten Male am 10. Juni 1317, und Riedel C, III, 22. zeigt, dass er am 16. April 1318 schon gestorben ist. Nehmen wir hinzu die Angabe der Chron. monast. S. Clarae (edit. Opel S. 412), wo der 14. Febr. 1316 als Todestag angegeben wird, so dürfen wir den 14. Febr. 1318 wohl sicher als Todestag annehmen. Vgl. über Heinrich ohne Land noch Sello a. a. O. S. 147. Anm. 46.

gelangte er niemals, da sein Successionsrecht keine allgemeine Anerkennung fand.

Man hat nun gemeint, dass es in der That begründeten Zweifeln unterlegen hätte, und die Vermutung aufgestellt, „dass die Ursache in dem Teilungsvertrage vom Jahre 1303 zwischen Heinrich ohne Land und seinen Brüdern zu suchen sei, derart etwa, dass Heinrich und seine Brüder gegenseitig ihren Erbrechten entsagt hätten¹⁾.“ Wir kennen den Inhalt dieses Übereinkommens nicht, aber bei der grossen Anzahl der damals noch lebenden Sprossen des askanischen Hauses mag eine derartige Auseinandersetzung zwischen den Brüdern stattgefunden haben. Andererseits aber sprechen bei dieser Annahme gewichtige Gründe dafür, dass seine Wirksamkeit durch spätere Abmachungen wieder aufgehoben worden ist, denn zu der Zeit, wo jene Einigung getroffen wurde, waren noch erbberechtigte Glieder des Hauses genug vorhanden, und ein Erlöschen des Geschlechts stand nicht zu befürchten. Die Gefahr trat erst später ein und wurde sogar sehr bedrohlich mit dem Tode Johannis V. und Heinrichs ohne Land (1317 u. 18), wo Waldemar und Heinrich der Jüngere allein als die einzigen männlichen Träger des Geschlechts noch übrig waren. Dass unter diesen Umständen die Durchführung des Vertrages vom Jahre 1303 noch aufrecht erhalten worden wäre, ist nicht anzunehmen. Schon der Vertrag zu Tangermünde²⁾ im Jahre 1312 zeigt, dass von einem gegenseitigen Verzicht um diese Zeit nicht mehr gesprochen werden kann. Denn die Markgrafen von Meissen erkannten ausdrücklich das Erbfolgerecht der Markgrafen Waldemar und Johann auf den Heinrich ohne Land gehörigen Besitz an. Daher wird nach dem Aussterben der ottonischen Linie mit Johann V., sicherlich aber nach dem Tode des älteren Heinrich, wenn wie wahrscheinlich ist, ein Verzicht des Letzteren auf die Länder Waldemars erfolgt war, dieser Verzicht wieder ungiltig gemacht worden sein. Zur Bestätigung

1) Voigt a. a. O. B. VI, 119.

2) Riedel B, I, 379.

dafür könnte die Notiz des Verfassers der brandenburgischen Fürstenchronik dienen, nach der Waldemar selbst, als er alle Fürsten der Mark dahinsterben sah, den jungen Heinrich zu sich gerufen und ihn zum Erben der Mark gemacht hätte¹⁾. Bei der Erblichkeit der grösseren Reichslehen, die um diese Zeit bereits feststand, bliebe dieser Schritt Waldemars unverständlich und wäre unnötig gewesen, wenn wir nicht einen Verzicht im obigen Sinne annehmen wollen. Letzteren aber vorausgesetzt, findet dann einerseits jener besondere Willensakt Waldemars seine Erklärung und Begründung, wie andererseits sich hinsichtlich der Erbfähigkeit des jungen Markgrafen daraus ergibt, dass rechtliche Bedenken gegen sie weder begründet waren noch ausschlaggebend für den weiteren Verlauf der Ereignisse gewesen sein können.

Weniger eine Rechtsfrage war es, als eine Machtfrage, letztere aber entschied sich zu Ungunsten Heinrichs von Sangerhausen. Denn seine Jugend und die dadurch bedingte Unfähigkeit verhinderten ihn, seine Rechte selbst wahrzunehmen. Seine Vormünder jedoch konnten und wollten es nicht thun. Von anderen Schutzmächten, die ihm zur Seite standen, blieb ihm nur noch das Reich übrig, aber von diesem aus geschah und konnte zunächst für ihn nichts geschehen, da es selbst in zwei feindliche Lager geteilt war. Es gab jetzt zwei deutsche Könige, und jeder von ihnen beanspruchte und übte königliche Rechte.

Zwar lagen im Gegensatz zum Süden und Westen Deutschlands die Verhältnisse für den Norden insofern einfacher, als Friedrich von Österreich in diesen Gegenden niemals grösseren Anhang gefunden hatte und Ludwig von Baiern für sie fast ausschliesslich in Betracht kam. Aber trotz dieser Vorrangstellung im Norden Deutschlands vermochte Ludwig dennoch

1) Sello Chron. Marchion. Brandenb. Cap. XXV a. a. O. S. 132: Cumque Woldmarus ipse principes ad Marchiam pertinentes videret deficere, vocavit ad se filium Henrici et eum dicti domini fecit heredem, nam ad eundum Woldemarum tota Marchia devoluta fuit et dominium omnium marchionum,

keinen entscheidenden Einfluss auszuüben. Einmal lag dies daran, dass schon von jeher die Macht der Reichsgewalt in diesen Gegenden sehr gering gewesen war. Die dortigen Fürsten empfangen wohl vom deutschen König die Belehnungs- und sonstigen Urkunden, die das Reichsrecht erforderte, aber im übrigen kehrten sie sich wenig an Kaiser und Reich¹⁾. Dann aber verhinderte ihn besonders der Kampf um die Krone selbst, die Aufgaben der Reichsgewalt zu erfüllen und ihren Einfluss, soweit er bestand, von vornherein energisch geltend zu machen.

Diese beiden Momente, die Unfähigkeit des jungen Markgrafen und die allgemeinen Reichszustände, wirkten gleich unheilvoll auf die Entwicklung der märkischen Verhältnisse; sie ermöglichten es, dass die Mark ein Spielball der benachbarten Fürsten wurde und für längere Zeit blieb. Diese stürzten sich „wie die Wüstengeier über ein gefallenes Tier“²⁾ unmittelbar nach Waldemars Tode auf das verwaiste Land. Weltliche und geistliche, grössere und kleinere Fürstenmächte sowohl als die emporstrebenden Landesgewalten suchten aus dem allgemeinen Schiffbruch der Mark etwas für sich zu retten und erhoben Ansprüche auf Teile des Landes oder sogar auf das ganze Land selbst. Das hauptsächlich Massgebende war dabei weniger die Rücksicht auf das Recht der Ansprüche, als vielmehr die Aussicht auf Gewinn. Die Gunst der Verhältnisse forderte an allen Seiten der Mark zu dem Versuche heraus, Teile derselben an sich zu bringen, das Recht aber trug man auf der Spitze des Schwertes. Und das Land selbst trug dem Rechnung. Allein auf sich angewiesen, waren die einzelnen Ländergebiete vor die schwierige Frage gestellt, an wen sie sich halten sollten. Auch bei ihnen entschied, wie wir später im einzelnen sehen werden, weniger die Frage nach dem Recht, als der Nützlichkeit. Ohne sichere Garantie für die

1) Lindner Deutsche Geschichte unter den Habsburgern und Luxemburgern I, 45 f.

2) ebendort I, 305.

Zukunft stellen sich Städte, Vasallen und Geistlichkeit auf die Seite desjenigen, von dem sie sich am besten geschützt glaubten, sie nehmen den als Herren an, von dem sie im Falle des Widerstandes am meisten zu fürchten, im Falle friedlicher Übereinkunft die günstigsten Bedingungen zu erwarten hatten. Erhaltung und Sicherung der schon bestehenden Freiheiten und Privilegien einerseits und Hoffnung auf deren Erweiterung andererseits sind die stets wiederkehrenden Triebfedern für ihr Verhalten gegenüber den Bestrebungen der Nachbarfürsten. So mannigfach sich daher die Verhältnisse im einzelnen auch ändern mögen, so weisen sie doch in ihrer Entstehung fast immer übereinstimmende Ursachen auf.

Wir beginnen in der Darstellung der Ereignisse zunächst bei der Alt- und Mittelmark. Fast die ganze Altmark gehörte als Wittum Agnes, der Gemahlin Waldemars; nur Arneburg, Seehausen, Werben und Krumbeck waren im Besitze ihrer Mutter Anna, die sich nach dem Tode Hermanns des Langen, ihres ersten Gemahls, in zweiter Ehe (1310) mit Herzog Heinrich VI. von Breslau vermählt hatte¹⁾. Von der Mittelmark besass Agnes die Stadt und Burg Berlin, Spandau, Mittenwalde, Liebenwalde, Köpenick, Landsberg, das Land Teltow und Rathenow mit Zubehör²⁾. Sogleich nach dem Tode ihres Gemahls ergriff sie von diesen Gebieten Besitz. Im September 1319 befand sie sich in der Altmark und empfing daselbst die Huldigung auf Lebenszeit, wie dies zwei noch vorhandene Gnadenbriefe beweisen, die sie Gardelegen und Salzwedel zur Belohnung ausstellte³⁾. Von da begab sie sich nach der Mittelmark und erteilte am 18. September in Rathenow den Bürgern folgendes Privilegium: *ut (cives) post sue vite exitum principi ac domino commaneant et adhereant, cui cives civitatum Brandenburg et Nawen tunc*

1) Chron. Princ. Polonor. Stenzel, Script. rer. Silesiac. I, 130; Geschichtsquellen der Provinz Sachsen XXI. S. 132, n. 106.

2) Der Umfang ihres Wittums erhellt aus Riedel B, II, 1.

3) Riedel A, VI, 95 und A, XIV, 60.

temporis adherebunt¹⁾. Die drei Städte Rathenow, Brandenburg und Nauen gehörten dem sogenannten Havellande an; durch Überweisung als Wittum an Agnes aber war Rathenow aus diesem Verbande gelöst. Den Bürgern lag nun daran, nicht dauernd von den Schwesterstädten getrennt zu sein²⁾, und sie erwirkten sich deshalb jenes Privilegium. Freilich wäre die Wiedervereinigung auch ohne ausdrücklich erteilte Berechtigung selbstverständlich gewesen, da das Leibgedinge nach dem Tode der Agnes so wie so an den ursprünglichen Besitzer zurückfallen musste. Dass trotzdem die Bürger der Stadt sich diese Versicherungen erteilen liessen, erklärt sich aus dem allgemeinen Gefühle der Unsicherheit, mit dem sie der nächsten Zukunft entgegensahen. Sie fürchteten, und in der That war ihre Furcht nicht unbegründet, dass in den Wirren, die damals bereits die Mark erschütterten, Agnes die Rechte auf ihr Wittum anderen übertragen und so die augenblickliche Lostrennung ihrer Stadt vom Havellande zu einer dauernden gemacht werden könnte.

1) Riedel A, VII, 411. Die irrtümliche Auffassung dieser Urkunde — wie sie uns in der ausführlicheren Darstellung dieser Verhältnisse durch v. Klöden a. a. O. II, 340 begegnet — scheint zu jener Ansicht geführt zu haben, dass Agnes auf die gesamten Lande ihres Gemahls Ansprüche erhoben, das Erbrecht des jungen Heinrichs also nicht anerkannt habe. Die Regierungsmassregeln sodann, die Rudolf von Sachsen als Vormund der Agnes in Teilen, die nicht zum Wittume gehörten, (so Riedel A, VIII, 219) vollzog, schienen diese Ansicht zu bestätigen. Beides ist jedoch von einander zu halten. Hinsichtlich des zuletzt angeführten Punktes zeigt die obige Darstellung (S. 14 ff.), dass Rudolfs von Sachsen Regierungsthätigkeit in den betreffenden Fällen, weil nach dem Bruche mit seinem Mündel ausgeübt, als eine selbständige und keineswegs daher mit den Absichten der Agnes übereinstimmende anzusehen, geschweige denn auf ihre Intentionen zurückzuführen ist. Agnes beschränkte sich in ihren Ansprüchen ganz und gar auf das ihr gehörige Leibgedinge, und die oben erwähnte Erteilung des Privilegiums an Rathenow, der einzige Fall, der dieser Thatsache zu widersprechen schien oder doch jener irrtümlichen Auffassung der Stellung von Waldemars Gemahlin zum jungen Heinrich und dessen Erbrecht eine Berechtigung verleihen könnte, erledigt sich durch den Hinweis darauf, dass Rathenow zum Wittume der Agnes gehörte.

2) Riedel A, VII, 395.

Agnes gab sich mit der Erfüllung ihres Anspruches zufrieden, dass man ihr gehorche, solange sie lebe, und setzte ihre Huldigungsfahrt durch die Mittelmark fort. Am 30. September weilte sie in Berlin, wo wir auch ihren Vormund Rudolf von Sachsen in ihrer Begleitung finden. Nach Sachsenrecht bedurfte nämlich jede Witwe eines Vormundes, und Rudolf hatte als ältester männlicher Agnat einen rechtmässigen Anspruch auf diese Vormundschaft¹⁾; denn er selbst gehörte als Nachkomme Bernhards, des Sohnes Albrechts des Bären, zum Geschlechte der Anhaltiner und hatte ausserdem eine Tante der Agnes, Jutta mit Namen, die Tochter Ottos des Langen, geheiratet²⁾. Beide, Rudolf und Agnes, bestätigten³⁾ gemeinsam den Städten Berlin und Köln, „deren Zustand in Gegenwart und Zukunft sie besonders berücksichtigen wollten aus besonderer Zuneigung“, ihre Rechte und Privilegien. Die grosse Menge, die davon aufgeführt ist, zeigt, wie die Bürger diese Gelegenheit nicht ungenutzt vorbeigehen liessen, um möglichst viel für sich herauszuschlagen. Auch die Bürger von Spandau erhielten noch an demselben Tage gleich vorteilhafte Bedingungen zugesichert⁴⁾. In ähnlicher Weise wird sich, obwohl uns weitere urkundliche Zeugnisse fehlen, die Anerkennung der Agnes in den übrigen Städten ihres Wittums und die Herzog Rudolfs von Sachsen als ihres Vormundes vollzogen haben.

Allein dieser hatte die Vormundschaft nicht, wie er sich anfangs stellte, zum Schutze seines Mündels, sondern seines eigenen Vorteils und Gewinnes wegen übernommen. Nur kurze Zeit sollte daher das bisherige gute Einvernehmen zwischen beiden bestehen bleiben; bald erfolgte ein Bruch, dessen Ursache darin zu suchen ist, dass Agnes das Verfahren ihres Vormundes durchschaute. Wir sehen beide kurz nach der am 30. September zu Berlin gemeinsam ausgestellten Urkunde in keiner

1) vgl. v. Klöden a. a. O. II, 334.

2) Sello a. a. O. S. 156 Anm. 59.

3) v. Klöden a. a. O. II, 353.

4) v. Klöden a. a. O. II, 363 und Riedel A, XI, 25.

näheren Verbindung mit einander, ja, die kurz darauf folgenden Schritte Rudolfs lassen erkennen, dass eine Entfremdung zwischen ihnen in der ersten Hälfte des Octobers eingetreten ist. Am 14. October bestätigte Rudolf als Tutor der Markgräfin der Stadt Rathenow alle Freiheiten und Privilegien der Städte Berlin und Köln¹⁾, die vorher in besonderer Weise vor den anderen ausgezeichnet und bevorzugt waren. Der obige Akt Rudolfs enthält keine nachträgliche Bestätigung der früheren Handlung der Agnes durch ihren Vormund²⁾, sondern eine Erweiterung, die Rudolf in seinem eigenen Interesse der Stadt gab. „Um sich ihre Gunst zu verschaffen, konfirmierte er ihr nicht nur ihre alten Gerechtsame, sondern legte ihr auch das Stadtrecht von Berlin und Spandau bei, das die Stadt in eine noch begünstigtere Lage setzen sollte als das brandenburgische Stadtrecht, das sie besass“³⁾. Zwar handelte Rudolf noch unter ausdrücklicher Berufung auf seine Vormundschaft, aber dieser Umstand hindert nicht, sein Verhalten als im Gegensatz zu Agnes anzusehen. Er sanktionierte noch anfangs, und zwar in der Mittelmark, seine Regierungshandlungen durch die Berufung auf seine rechtmässige Stellung als Vormund. Die Klugheit erforderte zuerst noch, seine Absichten in diese Rechtsform zu kleiden. Später, und von vornherein in Urkunden für die Niederlausitz, that er dieser seiner Stellung überhaupt keine Erwähnung. Bereits am 13. Oktober verlieh er zu Berlin der Stadt Guben in der Niederlausitz ohne Bezugnahme auf seine Vormundschaft das Münzrecht, die Zollfreiheit und die Schutzgerechtigkeit über die Juden „umb das, das sy sich getrewlichen beweisset und behaldin gegen uns“⁴⁾. Und dass er Guben

1) Riedel A, VII, 411.

2) Diese von v. Klöden a. a. O. II, 340 und 360 ausgesprochene Ansicht steht im Zusammenhang mit der irrtümlichen Auffassung der Urkunde vom 18. September. (Siehe Anm. zu S. 13.)

3) Riedel A, VII, 395 (Einleitung).

4) Riedel B, I, 448.

völlig als „seine“ Stadt ansah, und die Bürger ihm allein gehorchten, zeigt sein weiteres Versprechen: „Wir gebin auch den burgern und der Stat zu Gubbin, das wir sie nymmermer von uns gewaisen sullin wider an das Reich nach keynen Herrn, den wir des landes abestehin sulden, ab iss sich gebortte, Wir In habin sy er vorteidinget aller disser Recht und gnaden, dy hy vor geschriebin stehin, das sy do bei bleiben und ehn gantzlich gehaldin werden und bestetiget werdin“. Von einer Vertretung fremder Herrscherrechte, nämlich derjenigen seines Mündels, ist hierin ebenso wenig die Rede, wie gleich darauf zu Anfang November bei seinen weiteren Bestrebungen in der Mittelmark¹⁾. Bald sollte auch dieser Rechtsvorwand, dessen er sich zuerst noch bedient hatte, hinwegfallen; denn Agnes heiratete noch vor Ablauf des Jahres Otto den Milden von Braunschweig²⁾, in der Absicht sicherlich, an ihm einen Beschützer für ihre Rechte und ihr Leibgedinge in der Altmark, das ihr noch geblieben war, zu gewinnen. Weil Ottos Lande unmittelbar an die Altmark grenzten, war er zu dieser Aufgabe besonders befähigt.

Rudolfs Vormundschaftsrecht über Agnes erlosch damit. Es wird jedoch zuweilen nötig gewesen sein, durch Zurückgreifen auf diesen Rechtstitel etwaige Hindernisse zu beseitigen. So kam es, dass er sich plötzlich zum Vormund des jungen Heinrich erklärte³⁾. Mit Geschick machte er sich diese Vorteile zu Nutze, um sich in der Mittelmark und Niederlausitz Anerkennung zu verschaffen und den Besitz derselben zu sichern. Und es ist ihm auch gelungen trotz der Anfeindungen und Streitigkeiten mit ländersüchtigen Nachbarn, die ebenfalls die Hand nach der Beute ausstreckten.

1) Vgl. Riedel A, IX, 337.

2) Am 22. Dec. (Riedel A, XV, 70) bezeichnet Otto Agnes als seine Gemahlin; vgl. den Ehedispens vom 10. Dec. 1320 in den Geschichtsquellen d. Prov. Sachsen XXI. S. 119, n. 77.

3) Am 5. März 1320 nannte sich Rudolf tutor incliti principis Henrici (Riedel A, XII, 415) und Riedel A, IX, 17 urkundet er: de consensu et mera voluntate dicti principis Hinrici, . . . cuius tutele curam gerimus,

In erster Linie war dies der Erzbischof Burchard von Magdeburg¹⁾, ein unruhiger und kriegerischer Kirchenfürst. Er hatte es sich zur Aufgabe seines Lebens gemacht, in ewigen Händeln mit geistlichen und weltlichen Fürsten und Herren sowie den Bürgern seiner Erzbischöfsstadt die der Magdeburger Kirche unter früheren Erzbischöfen entfremdeten Güter und Rechte wieder zu verschaffen. Die gegenwärtigen Verhältnisse spornten ihn zu schnellem Handeln an. Er erhob sofort Ansprüche auf Teile der Alt- und Mittelmark und gründete sie auf jenen Lehnsauftrag der Markgrafen Otto und Albrecht vom Jahre 1196, durch den sie ihren Allodialbesitz dem Erzstifte Magdeburg geschenkt und aufgelassen hatten. Dieser betraf hauptsächlich die folgenden Gebiete: Gardelegen, Salzwedel, Burg und Stadt mit Zubehör, dazu Kalbe, Arneburg, Osterburg, Tangermünde, Stendal mit Seehausen, Werben, Neustadt Brandenburg, sowie das Land Zauche und Schollehne mit Zubehör. Hinsichtlich der letzteren, in der Mittelmark gelegenen Gebiete geriet er infolgedessen sofort in Konflikt mit dem augenblicklichen Inhaber derselben, Herzog Rudolf von Sachsen, und dessen Bundesgenossen²⁾, dem Bischof und Kapitel von Brandenburg, die durch das Vorgehen ihres Metropolitans eine Schmälerung der kirchlichen Rechte ihres eigenen Bistums erlitten³⁾. Es kam zwischen beiden Parteien zum Kampfe. Nachdem auch das Eintreten des Papstes für Burchards Ansprüche keine Einigung herbeigeführt hatte, wurde der Erzbischof zu Anfang des Jahres 1320 bei Burg geschlagen⁴⁾. Allein die Fehde erreichte dadurch nicht ihr Ende. Doch war Burchard seinen Gegnern, die ihr Bündnis noch durch

1) Vgl. Iwan Koch Das Leben des Erzbischofs Burchard von Magdeburg. Geschichtsblätter für Stadt und Land Magdeburg. Jahrgang XXIII. 1888. 213 ff. und 325 ff.

2) Am 24. Nov. 1319 nahm Rudolf das Bistum Brandenburg in seinen besonderen Schutz. Riedel A. VIII, 220.

3) v. Klöden a. a. O. II, 410.

4) Iw. Koch, a. a. O. S. 326.

den Anschluss anderer Geistlichen aus der Brandenburger Diözese verstärkt hatten¹⁾), um so weniger gewachsen, als er gleichzeitig in der Altmark durch seine eigennützige Politik in andere Schwierigkeiten verwickelt wurde.

Der Erzbischof hatte hier seine Ansprüche noch durch einen neuen Vertrag verstärkt. Am 5. September 1320 beurkundete die Herzogin Anna von Breslau ein am 14. August zu Tangermünde mit ihm getroffenes Abkommen, kraft dessen sie ihm ihr Leibgedinge Arneburg, Seehausen, Werben und Krumbeck verschrieb, er aber ihr während ihrer Lebzeiten in diesen Landen Schutz und Schirm versprach²⁾). Otto von Braunschweig, der als Zeuge bei dem Abschluss des Vertrages zugegen war, gab ihm seine Zustimmung und befand sich demnach noch in gutem Einvernehmen mit Burchard. Dies fällt um so mehr auf, als das Leibgedinge seiner Gemahlin selbst durch die Ansprüche des Erzbischofs bedroht war. Eine Anerkennung derselben durch Herzog Otto ist uns nicht bekannt, es liegt daher nahe, anzunehmen, dass Burchard die Durchsetzung seiner Rechte für den Augenblick hatte fallen lassen müssen, um bei günstigerer Gelegenheit mit ihnen von neuem hervortreten. — Trotz dieses guten Verhältnisses zu Otto von Braunschweig hatte er auch hier keinen besseren Erfolg, als in der Mittelmark. Die Herzöge von Lüneburg hatten von dem Grafen von Kefernburg die Grafschaft Lüchow gekauft³⁾ und nahmen sie nebst Seehausen, der Wische und der Schnackenburg mit ihrem sehr einträglichen Elbzolle von dem kleinen Stifte Verden zu Lehen⁴⁾). Burchards Widerstand gegen dieses seinen eigenen Rechten nachteilige Lehnsverhältnis blieb ohne rechten Erfolg. Die Fehde, die darüber entbrannt war, führte am 8. September 1321 zu einer

1) Riedel A, VIII, 222 und 223.

2) Riedel B, I, 459.

3) Riedel, B, I, 450 und 451; Sudendorf Urkb. zur Geschichte der Herzöge von Braunschweig und Lüneburg u. s. w. I, S. 185, n. 326.

v. Klöden a. a. O. II, 375 und Iw. Koch a. a. O. 328 verwechseln die Herzöge v. Braunschweig und die v. Lüneburg.

4) Geschichte des Geschlechts v. Kröcher I, 191 f.

Verständigung¹⁾. Erzbischof Burchard verzichtete darin auf Entschädigung für Raub, Brand und Plünderung und gelobte, sich hinsichtlich der Streitfrage dem schiedsrichterlichen Urteile des Bischofs Otto von Hildesheim zu unterwerfen.

Ebenso resultatlos waren die Streitigkeiten mit dem Bischof von Halberstadt verlaufen. Denn auch dieser verteidigte tapfer seine Rechte²⁾ als Oberlehnsherr, vielleicht mit Unterstützung Rudolfs von Sachsen, Heinrichs von Mecklenburg und Ottos von Braunschweig-Lüneburg, oder doch eines von diesen, denen er am 6. April 1320 die Belehnung auf den Todesfall der Herzogin Anna von Breslau hin um die Summe von 1000 Mk. Silbers erteilt hatte³⁾.

Eine Einigung kam nach einer kurzen Fehde zwischen beiden Parteien, die sich gegenseitig durch Räubereien Abbruch thaten, am 21. März 1321 zustande, und der Austrag der Streitigkeiten wurde wiederum einem Schiedsgericht überlassen⁴⁾. In wie weit es den Schiedsrichtern in den einzelnen Fällen gelang, ihrer Aufgabe gerecht zu werden, darüber haben wir keine Nachricht. Einen dauernden Friedenszustand dadurch unter den Parteien herzustellen, war jedenfalls sehr schwierig, wenn nicht unmöglich. Schon in der ganzen Art der damaligen Kriegsführung lag dies begründet, die keine grossen Aktionen herbeiführte, um durch sie den Ereignissen eine entscheidende Wendung zu geben. Man begnügte sich vielmehr mit der Belagerung einzelner Burgen und der Verwüstung des platten Landes. Keine Partei errang über die andere einen entscheidenden Erfolg, und der Streit ging daher in einen beständigen Kriegszustand

1) Riedel A, XXV, 193.

2) Seine Arsprüche erstreckten sich, wie eine spätere Urkunde (Riedel B, II, 6 und Urkundenbuch des Hochstiftes Halberstadt III, 237 f.) zeigt, auf die Städte Tangermünde, Gardelegen, Stendal mit den dazu gehörigen Burgen, ferner auf Osterburg, Seehausen, Werben und die Schlösser Krumbeck und Arneburg.

3) Meckl.-Urb. VI, S. 525, n. 4183.

4) Riedel B, I, 465. Urb. d. Hochst. Halberstadt III, 201.

über. Die Fehden wurden für den Augenblick beigelegt, um gleich darauf bei günstigerer Gelegenheit wieder aufgenommen zu werden. Natürlich litt das Land ungeheuer unter den Drangsalen dieser Verhältnisse. So erwachte denn der Gedanke der Selbsthilfe. Die leistungsfähigen Städte, ihrer eigenen Kraft wohlbewusst, schlossen, wenn auch meistens in Anlehnung an fürstliche Mächte, Bündnisse mit einander, um auf diese Weise sich gegen das unvermeidliche Übel zu schützen. So vereinigten sich unter Anlehnung an Rudolf von Sachsen am 24. August 1321¹⁾ mehrere Städte der Mittelmark und Niederlausitz zu gemeinsamem Handeln und gegenseitigem Schutz und verpflichteten sich, Streitigkeiten unter einander auf friedlichem Wege zu begleichen. Die Städte der Altmark folgten am 21. December²⁾ ihrem Beispiele, wie es scheint unter der Zustimmung Herzog Ottos von Braunschweig³⁾.

Diese Massnahmen der Selbsthilfe sind nicht minder wie der Wechsel unter den Parteien und ihre vorläufigen Friedensschlüsse ein charakteristisches Zeichen der Unsicherheit und Verwirrung, die überall eingerissen war. Und dennoch schien ein Ende dieses Zustandes bei der Lage im Reiche nicht so bald zu erwarten zu sein. Die Aussichten, die das Jahr 1322 für diese Gegenden bot, waren nicht besonders günstig; anstatt der Einzelfehden schien ein allgemeiner Kampf bevorzustehen, der sich aus einer Fehde zwischen dem Herzoge von Lüneburg und dem von Meklenburg entwickelte. Das Streitobjekt zwischen beiden, die anfangs mit einander auf gutem Fusse standen⁴⁾, war die früher erwähnte Schnackenburg. Auf sie machten die Herren von Kröcher Anspruch,

1) Riedel B, I, 467.

2) Vgl. die Urkunden bei Riedel A. XV, 73—75 und VI, 347; v. Klöden a. a. O. II, 427.

3) Die Riedel A, XV, 72—73 angeführten Urkunden lassen dies vermuten. Vgl v. Klöden a. a. O. II, 428.

4) Meckl. Urkb. VI, S. 525, n. 4183; Riedel A, XXV, 190; Meckl. Urkb. VI, S. 489, n. 4142.

der jedoch von Herzog Otto von Lüneburg, dem damaligen Inhaber, nicht berücksichtigt wurde. Um sich gegen diese Benachteiligung ihrer Rechte zu schützen, zogen sie Herzog Heinrich von Mecklenburg in ihr Interesse und überliessen ihm die eine Hälfte des Elbzolles zu Schnackenburg, um wenigstens der anderen sicher zu sein¹⁾. Der Bund war schon im September des Jahres vorher geschlossen worden und richtete sich anfangs nur gegen den Herzog Otto von Lüneburg, erst später auch gegen Otto von Braunschweig, nachdem beide am 29. Mai 1322 sich zu gemeinsamem Handeln verbunden hatten²⁾. Auch Erzbischof Burchard von Magdeburg regte sich bei diesen Verwicklungen wieder, und zwar hegte er jetzt gegen Otto von Braunschweig feindliche Absichten. Wenigstens lässt der am 16. Juni 1322³⁾ zwischen Burchard und Heinrich von Kröcher, Jordan von Wodenswegen und Henning Klezeke geschlossene Bund deutlich erkennen, dass das frühere Einvernehmen mit Otto einen Stoss erlitten haben muss. Die Genannten verpflichteten sich, ihm mit ihrem Schlosse Kalbe in der Altmark gegen jedermann zu dienen, ausser gegen Herzog Heinrich von Mecklenburg, wogegen ihnen Burchard seinen Schutz für den Fall zusagte, dass sie angegriffen würden. Kalbe gehörte aber zum Lande Herzog Ottos von Braunschweig, und dass er in dem Vertrage nicht ausgenommen wurde, zeigt, dass der Bund, wenn auch nicht gerade gegen ihn allein, so doch mit gegen ihn gerichtet war. Die Feindseligkeiten werden bald eröffnet worden sein. Ehe sie jedoch zu einem Ergebnis geführt, hatte sich die Sachlage vollkommen geändert. Es war die Schlacht von Mühldorf, die diesen Umschwung bewirkte.

Wir sind damit zu einem Wendepunkte und zugleich auch Abschnitte in unserer Darstellung gelangt. Bevor wir indess zu der weiteren Ausführung der neuen Verhältnisse

1) Vgl. v. Kröcher a. a. O. II, 195 ff.

2) Riedel A, XXV, 194.

3) Riedel B, I, 499. Iw. Koch a. a. O. S. 329.

übergehen, wollen wir zuerst die Geschicke der übrigen märkischen Länderteile bis zu dieser Zeit verfolgen.

Die nördlichen Gebiete derselben, die Priegnitz und Uckermark, waren hauptsächlich den Bestrebungen der Fürsten von Mecklenburg und Pommern ausgesetzt. Sofort auf die Kunde von Waldemars Tode rückte Heinrich der Löwe von Mecklenburg, ein unternehmender und thatkräftiger Fürst, vor die in brandenburgischem Besitze befindlichen Schlösser Eldenburg und Wredenhagen¹⁾. Gemäss den Vertragsbestimmungen von Templin (24. Nov. 1317) sollten dieselben in dem Falle, dass Markgraf Waldemar ohne männliche Erben stürbe, an Mecklenburg fallen. Die markgräflichen Vasallen Redeke von Redern und Droiseke von Kröcher, in deren Verwahrung sich die genannten Schlösser befanden, führten die Bedingungen des Übereinkommens aus und überliessen die Schlösser ohne Zögern dem Herzoge von Mecklenburg.

Ebenso schnell und erfolgreich verwirklichte Heinrich seine Pläne auf die Erwerbung der Priegnitz, die seinen Landen zunächst lag. Am 14. August war Waldemar gestorben, und bereits am 20. August begaben sich die Herren von Quitzow und andere Mannen der Priegnitz in den Dienst des Mecklenburgers²⁾. Der Entschluss war mit Rücksicht auf die durch Waldemars Tod geschaffene Lage ihren Interessen am zweckdienlichsten; denn ein Eingreifen Heinrichs stand auf jeden Fall zu erwarten, und man entging durch freiwilligen Anschluss der von seiner Seite drohenden Gefahr, wie man andererseits die Sicherheit hatte, an der nicht unbedeutenden Macht des Mecklenburgers einen kräftigen Schutz und Beistand gegenüber den Ansprüchen anderer zu finden. Unter der Bedingung des Schutzes ihrer Güter und der Rückzahlung ihrer von Waldemar geliehenen Gelder verpflichteten sie sich ihm zu dienen. Im Falle aber, dass ein

1) v. Kröcher a. a. O. I, 186.

2) Riedel A, II, 207.

rechtmässiger Erbe vorhanden wäre und von ihm ihre gerechten Forderungen erfüllt würden, sollten sie ihrer Verpflichtungen gegen Mecklenburg entbunden sein. Andere folgten bald ihrem Beispiele, so am 21. September die Herren von Alsleben mit der Stadt und dem Lande Lenzen¹⁾ und am 2. November Günzel Gans Herr zu Putlitz mit seinen märkischen Gütern²⁾.

Wichtiger noch als der Anschluss dieser Vasallen war für Heinrich die Erwerbung eines rechtmässigen Besitztitels auf die Priegnitz. Waldemar hatte, durch Geldnot gezwungen, seinen Vasallen Redeke von Redern und Droiseke von Kröcher für ein Dahrlehen von 20000 Mark³⁾ die Priegnitz verpfändet. Sein plötzlicher Tod gefährdete die Rückerstattung dieser Summe und zugleich das Pfandobjekt. Die genannten Vasallen überliessen daher für jene Summe die Priegnitz an Heinrich von Mecklenburg und sicherten sich auf diese Weise die Rückerstattung ihrer verliehenen Gelder. Heinrich selbst aber war jetzt nicht nur im faktischen Besitze des Landes, sondern hatte auch rechtmässige Ansprüche darauf erworben.

Im Besitze der Priegnitz galten seine nächsten Absichten der östlich davon gelegenen Uckermark. Vasallen und Städte setzten sich auch hier nicht den Gefahren und Nachteilen einer gewaltsamen Unterwerfung aus und sicherten sich durch Anerkennung der mecklenburgischen Herrschaft ihren Besitz. Heinrich belohnte ihren guten Willen durch Zusagungen und Versprechungen, die offenbar, wie überall, in

1) Riedel A, III, 355.

2) Riedel A, I, 300.

3) Die Höhe dieser Summe erhellt aus einer späteren Urkunde vom 2. Febr. 1325 (Riedel A, II, 268), wo es heisst: Her Heinrich van Mekelnborch de scal ledegen und losen alle desse vorbenanden hus und stede und de lant, de darto horen, also, als se to der tid weren, don sy her Droyseke und sune, her Redeke und sin sone satten hern Heinrich van Mekelnborch to einem pande von XX dusint mark Brand. silvers und wichtes.

Bestätigung der Rechte und Privilegien, vielleicht auch ihrer Erweiterung bestanden¹⁾).

In kurzer Zeit hatte der Mecklenburger zwei märkische Provinzen, ohne irgendwie Widerstand zu finden, an sich gerissen. Nach Lage der Dinge wäre zu erwarten gewesen, dass er weiter gehen würde. Aber er that es nicht, denn seine bisherigen Erfolge beruhten zum grossen Teile auf dem Umstande, dass die benachbarten Fürsten seinen Unternehmungen bisher nicht entgegen getreten waren. Ein weiteres Vordringen zur Besitznahme märkischer Länder hätte ihn in die Interessensphäre Rudolfs von Sachsen geführt. Mit ihm aber stand er in gutem Einvernehmen, das auch fernerhin während dieser ganzen wirrenvollen Zeit bestehen blieb. Weniger waren es Verwandtschaftsrücksichten, die dies ermöglichten, — Heinrich von Mecklenburg hatte eine Schwester Rudolfs zur Frau²⁾ — als vielmehr die Interessengemeinschaft, die sie beide gegen Pommern zusammenführte. Denn wie Heinrich hinsichtlich der Uckermark auf den Widerstand und Angriff der Pommernherzöge zu rechnen hatte, so war auf der anderen Seite Herzog Rudolf in Wartislaw IV. von Pommern ein gefährlicher Gegner erstanden, da dieser die Vormundschaft über den jungen Heinrich für sich in Anspruch nahm und mit Erfolg ausnutzte.

Die Bestrebungen der Pommernherzöge galten vornehmlich der Uckermark und dem Lande über der Oder. Ausserdem kam aber die Oberlehnsherrschaft in Betracht, welche die brandenburgische Politik schon früher erworben³⁾ und die Pommernherzöge stets als lästige Fessel abzustreifen gesucht hatten. Der Gewinn, der ihnen nach Waldemars Tode winkte, war also ein doppelter; mit der

1) Riedel A, XXI, 118.

2) Adolf Cohn Stammtafeln, n. 57.

3) Über die Entstehung dieses Lehnverhältnisses vgl. Fr. Zickermann Das Lehnverh. zwischen Braudenburg und Pommern, Forschungen z. Brdb.-prss. Geschichte IV, 1891, S. 1 ff.

Hoffnung auf Eroberung einzelner Gebiete verknüpfte sich die Aussicht, das Band der Vasallität mit Brandenburg zu lösen. Die Verwandtschaftsbeziehungen¹⁾, in denen sie zum askanischen Hause standen, bildeten die geeignete Grundlage für ihr weiteres Vorgehen und gaben ihm den Schein der Berechtigung. Auf diese gestützt, nicht etwa in der uneigennützigen Absicht, dem jungen Heinrich den Besitz seines Erbes zu sichern, warf sich Wartislaw von Pommern-Wolgast²⁾ in der Neumark und im Lande Lebus zum Vor-

1) Die Verwandtschaft bezeugt Riedel A, XX, 132 (Urk. vom 29. Sept. 1319), wo sich Wartislaw „en vormünder unses leven gnadigen swagheres (nicht heren, wie bei Gercken, *Fragm. march.* II, 40) heren marchgreven Hinrikes van Brandenborch und van Landesberg“ nennt; ferner die Urkunde vom 3. Feb. 1320 (Riedel B, I, 452), in der Wartislaw eine Schenkung macht „in remedium anime predilecti Swageri Woldemari“ etc. Hinsichtlich der näheren Art der Verwandtschaft gehen die Ansichten jedoch auseinander. Zickermann a. a. O. S. 51 macht Wartislaw im Anschluss an Klempin (Pomm. Stammtafeln S. 9.) zum Schwiegersohne des Markgrafen Hermann, dessen Tochter Elisabeth er am 11. April 1316 geheiratet und von dem er als Heiratsgut die hinterpommerschen Länder Stolp, Schlawe und Rügenwalde erhalten habe. Allerdings hiess Wartislaws Gemahlin Elisabeth, aber sie war keine brandenburgische Prinzessin (vgl. die abweichenden Ansichten von Grotefend Stammtafeln der schlesischen Fürsten II. Auflage S. 11 und Cohn a. a. O. Tafel no. 146), jedenfalls nicht eine Tochter Hermanns des Langen; denn nach der Angabe der *Chron. March. Brandenb.* cap. XIX a. a. O. S. 130 und 165 Anm. 84 (vgl. dazu noch Riedel B, I, 356 und *Gesch.-Qu. d. Prov. Sachsen* XXI, S. 110, n. 43) hiessen dessen Töchter Agnes, Mechtilde und Jutta.

Auch die Ansicht Voigts a. a. O. S. 114 hinsichtlich dieser Verwandtschaft ist nicht zutreffend. Danach soll Wartislaws Mutter Mechtilde die Schwester Heinrichs des Älteren von Landsberg gewesen sein. Allein diese hiess gar nicht Mechtilde, sondern Margarete, (Riedel B, I, 451) und war eine Tochter Witzlaws II. von Rügen. Doch hatte Wartislaws Vater, Bogislaw IV, ausser Margarete, die seine dritte Gemahlin war (vgl. Klempin a. a. O. S. 8), in erster Ehe eine brandenburgische Prinzessin zur Frau gehabt, die den Namen Mechtilde führte und eine Tochter Johanns I. von Brandenburg war. Wartislaw war also, wenngleich er nicht selbst der Sohn einer brandenburgischen Fürstentochter war, dennoch durch die Heirat seines Vaters mit einer solchen nahe genug mit den askanischen Markgrafen verwandt.

2) Das gemeinsame Vorgehen mit dem Vertreter der anderen Linie, mit Otto von Stettin, erfolgte erst später; siehe S. 31.

mund desselben auf und zog durch reichliche Verleihung von Freiheiten die Stände zu sich herüber¹⁾. Diese selbst schrieben ihm die Bedingungen vor, von deren Erfüllung sie ihre Huldigung abhängig machten. Ein Hoheitsrecht des Landesherrn nach dem andern ging so verloren, und selbst die weitgehendsten Forderungen, die sie stellten, wurden ihnen nicht abgeschlagen. Sie erkannten dafür Wartislaw öffentlich als „Vormund und Beschirmer des jungen Heinrich“ an.

Auch König Ludwig von Baiern soll bei dieser Einsetzung seine Hand im Spiele gehabt haben²⁾, und zwar, um Heinrich von Landsberg an der Besitzergreifung der Mark zu hindern³⁾. Diese Annahme zeigt jedoch eine Verkennung der ganzen Sachlage und widerspricht völlig dem Verhältnis Ludwigs zu Heinrich, der zugleich sein Neffe war. Allerdings wurde Letzterer in seinen Rechten und Ansprüchen nicht sogleich nach Waldemars Tode vom deutschen Könige unterstützt, aber dies lag an den damaligen Verhältnissen im Reiche. Gerade um die Zeit von Waldemars Tod beschäftigte der Kampf um das Reich die beiderseitigen Gegner eifriger denn je. Im September traten sie nach langer Pause sich wieder gegenüber, aber zur Entscheidung kam es auch diesmal nicht, da Ludwig vor seinen Gegnern ängstlich das Feld räumte. In dieser Zeit, wo sein Ansehen im Reiche so sehr erschüttert war, dass er schon ernstlich daran dachte, dem Anspruche auf die Krone zu entsagen, stand er natürlich den märkischen Verhältnissen passiv gegenüber oder wagte doch wenigstens nichts in Hinsicht

1) Riedel A, XX, 132. Wir kennen hiernach nur die Verhandlungen mit den Ständen des Landes Lebus; sicherlich ist auch für die Neumark eine ähnliche Urkunde ausgestellt worden.

2) Klöden a. a. O. II, S. 377 ff; Zickermann a. a. O. S. 91.

3) Diese Annahme geht zurück auf die Nachricht eines älteren pommerschen Schriftstellers Eickstedt (*Epitome annalium Pomer.*, ed. Balthaser S. 59), der folgendes überliefert hat: *Submoniti erant duces Pomeraniae a Caesare, ut, quantum possent, Henricum prohiberent Marchia.*

auf sie zu unternehmen. Dies aber änderte sich sogleich, als er voll neuer Zuversicht den Kampf mit seinem Gegenkönige wieder aufnahm. Er trat nunmehr für Heinrich von Sangerhausen ein und erklärte ihn am 18. Juni 1320¹⁾ bereits für volljährig, „indem er ihm den Mangel der Jahre aus der Fülle seiner königlichen Macht ergänzte“ und ihm die Fähigkeit erteilte, Verbindlichkeiten aller Art abzuschliessen. Auf diese öffentliche Anerkennung²⁾ für seinen Neffen und Ermächtigung zum eigenen Handeln beschränkte sich aber auch Ludwigs Parteinahme; denn mit der That für dessen Rechte einzutreten, war ihm wegen seiner eigenen schwierigen Stellung im Reiche nicht möglich.

Dieser Schritt König Ludwigs, die Mündigkeitserklärung des jungen Markgrafen, widerspricht deutlich genug der Überlieferung, dass Ludwig bei der Übernahme der Vormundschaft durch Wartislaw in der Absicht thätig gewesen sei, seinem Neffen Schwierigkeiten zu bereiten. Überhaupt ist es zweifelhaft, ob schon damals zwischen König Ludwig und dem Pommernherzoge Beziehungen dieser Art stattfanden; jedenfalls war der Schritt des deutschen Königs dann nicht gerade geeignet, diese zu verstärken, da er den Bestrebungen Wartislaws den Boden entzog, und dies um so mehr, als Heinrich nicht versäumte, die ihm zu Teil gewordene Be-

1) Riedel B, I, 454.

2) Wenn auch später Ludwig von Baiern Waldemar als den letzten askanischen Markgrafen bezeichnet, nach dessen Tode die Mark dem Reiche ledig geworden sei, oder erklärt, sie sei dem Reiche anheimgefallen *post obitum Woldemari, de cuius femore vel domo nullus descendit vel superstes fuit heres sexus, ut oportuit, masculini* (Riedel B, II, 45), so ist dies nur scheinbar eine Stütze für die Ansicht, dass Ludwig die Rechte Heinrichs nicht anerkannt habe. Die Thatsache der Mündigkeitserklärung widerstreitet dieser Annahme, und der Widerspruch in Ludwigs Verhalten erklärt sich einfach dadurch, dass Heinrich ohne jeglichen oder doch nur geringen Einfluss auf den Verlauf der Ereignisse war. Seine Regierungszeit wurde daher völlig ignoriert, und nicht nur Ludwig, sondern allgemein sah man das askan. Geschlecht mit Waldemars Tode als erloschen an.

wegungsfreiheit sich zu nutze zu machen; denn er scheint sich sogleich nach seiner Mündigkeitserklärung mit seiner Mutter zum Empfange der Huldigung nach der Uckermark begeben zu haben, wo beide dem Konvente der ehemaligen Augustiner zu Prenzlau das Patronat über die Kirchen daselbst bestätigten¹⁾. Es ist anzunehmen, dass diese Fortschritte²⁾ des jungen Markgrafen Wartislaw nicht sehr willkommen gewesen sind, da sie seinen Absichten zuletzt selbst nachteilig werden mussten. Allein er wurde dieser Sorge überhoben; denn dem glücklichen Anfange Heinrichs in der Besitznahme der ihm angestammten Lande folgte alsbald ein jähes Ende. Kurz darauf schon, im Juli 1320, sank er in ein frühes Grab³⁾. Über Ort, Zeit und Art seines Todes giebt uns keine Nachricht irgend welchen Aufschluss; einflusslos, wie er gelebt, war sein Tod nicht dazu angethan, irgend welche neuen Bewegungen hervorzurufen.

Heinrichs Tod kam den Bestrebungen Wartislaws ohne Zweifel sehr gelegen, und dessen Lage verbesserte sich bald noch mehr infolge des guten Einvernehmens mit König Ludwig. Der Grund für Ludwigs Verhalten beruhte auf dem Gegensatze zwischen ihm und Rudolf von Sachsen, der bei der Königswahl im Jahre 1314 sich für Friedrich von Österreich entschieden hatte und ein eifriger Anhänger desselben.

1) Riedel A, XXI, 123; v. Klöden a. a. O. S. 389 ff. Es ist der einzige uns bekannte Regierungsakt des jungen Heinrich. Leider fehlen Zeit und Ort der Ausstellung der Urkunde. Der Ort ist wohl Prenzlau. Der Zeit nach muss sie nach der Mündigkeitserklärung, also nicht vor dem 18. Juni ausgestellt sein. Als terminus ad quem ist jedenfalls der 9. Juli anzunehmen; denn in einer Urkunde vom 9. Juli (Riedel A, XXI, 119) ist von einer Schenkung des Markgrafen Heinrich an das Nonnenkloster Sabini in Prenzlau die Rede; diese steht offenbar zu jenem oben erwähnten Regierungsakt in Beziehung. Die Urkunde wird demnach wohl zu Anfang des Monats Juli ausgestellt sein.

2) Unter den Zeugen der Urkunde Riedel A, XXI, 123 befinden sich ausser mehreren Rittern auch die Ratmannen von Pasewalk.

3) Heinrich starb in der zweiten Hälfte des Monats Juli 1320, vgl. Voigt a. a. O. S. 115.

geblieben war. Um Rudolf nicht zu mächtig werden zu lassen, zeigte sich Ludwig dem Pommernherzoge geneigt und sah, wenngleich er es vermied, ihn öffentlich als Vormund anzuerkennen, die Übernahme der Vormundschaft durch Wartislaw nicht ungern. Er ging sogar nach dem Tode des jungen Markgrafen noch weiter in seiner Begünstigung und zeigte sich bereit, Wartislaw die Reichsunmittelbarkeit zuzugestehen. Die Antwort nämlich, die Ludwig ihm auf sein Bitte, für die Lehnsempfahung einen Aufschub zu gewähren, am 28. December 1320 erteilte, enthielt nicht nur die Gewährung der Bitte, sondern seitens Ludwigs geradezu die Anerkennung der Reichsunmittelbarkeit. Er nannte ihn in dem Antwortschreiben „*princeps et affinis noster carissimus*“, bezeichnete seine Lehen als vom Reiche verliehen¹⁾ und versprach ihm, dass er, auch wenn die Mark inzwischen einem Fürsten verliehen würde, keinem andern Herrn unterworfen werden sollte, als dem König und dem heiligen römischen Reiche. Dass diese Belehnung bis zu dem festgesetzten Termine später nicht vollzogen wurde, lag weniger an Ludwig als an Pommernherzoge selbst. Letzterer wird die Belehnung aus demselben Grunde nicht innerhalb dieser Zeit eingeholt haben, aus dem er auch anfangs um Aufschub gebeten hatte. Wenn er damals die Gefährlichkeit der Wege als Behinderungsgrund angab, so war dies nur ein äusserer Vorwand, der die eigentlichen Absichten verbergen sollte. Die Anerkennung seiner Reichsunmittelbarkeit war Wartislaw zwar sehr erwünscht, aber, solange der Kampf der beiden Gegenkönige noch unentschieden war, ohne unmittelbaren Wert. „Er mag in den Wirren des Bürgerkrieges eine neutrale Stellung haben einnehmen wollen, um in derselben abzuwarten, wie die Entscheidung ausfallen würde²⁾“.

1) Riedel B, I, 462: Nos Ludovicus eidem (Wartizlao) permittimus, ut a receptione feodorum suorum, a nobis et imperio recipiendorum.

2) Zickermann a. a. O. S. 94. Bestätigt wird diese Vermutung durch das kurze Zeit vorher, im August 1320, zwischen Wartislaw und den ucker-

Vielleicht werden auch seine Pläne und Absichten auf die Uckermark und die daraus sich entspinneenden Verwicklungen mit Mecklenburg mit dazu beigetragen haben, die günstige Gelegenheit auf die Anerkennung seiner Reichsunmittelbarkeit nicht sogleich zu benutzen. Denn Wartislaw hatte sich, nachdem ihm im Lande über der Oder und Lebus seine Anerkennung gelungen war, sofort auf die nahe Uckermark gestürzt, um sie Heinrich von Mecklenburg zu entreissen. Der Streit um dieses Land zwischen Mecklenburg und Pommern wurde mit wechselndem Erfolge geführt und währte ununterbrochen bis gegen Ende des Jahres 1322. Er blieb auch nicht auf diese beiden Gegner allein beschränkt, sondern zog fast alle grösseren und kleineren Fürsten des Nordens, darunter den König Christoph von Dänemark, in seine Verwicklungen hinein. So verband sich¹⁾ Heinrich von Mecklenburg am 11. Januar 1320 mit Heinrich, dem Grafen von Schwerin, zu gegenseitigem Beistande in der Absicht auf die Mark Brandenburg, wie es in der Einigung heisst. Sehr zu statten kam ihm ausserdem das gute Einvernehmen mit Rudolf von Sachsen, der zwar nicht unmittelbar zu einem gemeinsamen Vorgehen mit dem Mecklenburger sich entschloss, aber sich ebenfalls an diesen Kämpfen gegen Pommern beteiligte; wenigstens lässt es der am 24. August 1321 zu gunsten Rudolfs geschlossene Städtebund vermuten²⁾. Unter den darin vertretenen Städten, die namentlich der Mittelmark und Niederlausitz angehörten, befanden sich auch solche, die früher, wie Müncheberg, Fürstenwalde und Frankfurt, auf der Seite Wartislaws gestanden hatten. Dies aber setzt voraus, dass Rudolf von Sachsen mit den Pommernherzögen in Konflikt geraten sein muss, in dem der Erfolg auf seiner Seite geblieben ist.

märkischen Städten getroffene Übereinkommen, aus dem ebenso erhellt, dass man die zukünftige Entscheidung im Reich bereits in Rechnung zog. Riedel A, XXI, 121 f; A, XIII. 165 f.

1) Meckl. Urkb. VI, S. 505 n. 4162.

2) Riedel B, I, 467. vgl. ausserdem Riedel A, XXIII, 19.

Doch waren auch die Pommernherzöge nicht ohne Bundesgenossen. Nachdem die beiden vorher oft feindlich getrennt gewesenen Herzöge, Wartislaw von Pommern-Wolgast und Otto von Stettin, am 2. März 1320¹⁾ eine Erbverbrüderung und ein Bündnis mit einander geschlossen, verbanden sie sich nach dem Tode Heinrichs von Landsberg zum Helfershelfer des schlesischen Herzog Heinrich von Jauer und Fürstenberg²⁾. Dieser wollte nunmehr in dem nördlicheren Teile der Mark sein Glück versuchen, das ihm bei seinen Absichten auf die südlicher gelegenen Gebiete so wenig günstig gewesen war.

Der Verlauf dieser Kämpfe ist bei der Dürftigkeit des Quellenmaterials schwer zu erschliessen, doch ist soviel daraus zu ersehen, dass er ein ziemlich wechselnder gewesen ist und dass je nach den augenblicklichen Erfolgen und Niederlagen eine stetige Verschiebung unter den Parteien die Folge war. Zunächst scheinen die Herzöge von Pommern gegenüber Heinrich von Mecklenburg im Vorteil gewesen zu sein³⁾. Denn die drei mächtigsten Städte der Uckermark, Prenzlau, Pasewalk und Templin, schlossen sich ihnen im August 1320 an⁴⁾, jedoch unter der Bedingung, dass die Herzöge von Pommern im Namen König Christophs von Dänemark die Herrschaft führten. Im übrigen betrachteten die Städte den Zustand nur als ein Provisorium, dessen Beendigung sie mit dem Tage erwarteten, wo „ein römischer König in Eintracht aller Kurherren gewählt würde. Sendete er dann einen Fürsten in die Lande zu den Städten und Mannen, und dieser bewiese ihnen, dass er an die Lande besseres Recht hätte als der König von Dänemark oder die Herzöge, so sollten letztere von ihrer Vormundschaft freiwillig lassen“. Kurz darauf, schon am 1. Oktober, sehen wir Heinrich von Mecklenburg wieder im Besitz von Templin, dem er für seine

1) von Klöden a. a. O. II. 380 f.

2) Riedel B, I, 457.

3) v. Klöden, a. a. O. III, S. 388.

4) Riedel Urkunden vom 23. August: A, LXI, 121; XIII, 165; XXI, 122; v. Klöden II, 396 ff.

Huldigung mehrere Besitzungen schenkte¹⁾. Wartislaw hatte demnach zurückweichen müssen und wenigstens einen Teil der schon in seinem Besitz befindlichen Gebiete wieder verloren. Sogar die Stadt Frankfurt gehörte ihm um diese Zeit nicht mehr, da sie in Rudolfs von Sachsen Gewalt gekommen war²⁾. Um das Verlorene wieder zu gewinnen, zogen die Pommernherzöge neue Bundesgenossen an sich heran. Am 5. Mai 1321 verpflichteten sie und Fürst Witzlaw von Rügen sich gegenseitig zum Beistande gegen den Herzog von Mecklenburg und seine Helfer³⁾, und am folgenden Tage verbündeten sie sich zu Greifswald mit Bischof Konrad von Kammin⁴⁾, dem sie die Stadt Kammin mit dem zugehörigen Lande für 8000 Mark wendischer Pfennige verpfändeten. Mit Hilfe dieser neuen Bundesgenossen gelang es ihnen, sich wiederum in den Besitz der Uckermark zu setzen, wenigstens des grössten Teiles⁵⁾. Aber neue Verwicklungen folgten darauf, während derer sie im Laufe des nächsten Jahres noch die Fürsten Johann I. und II. von Werle für sich gewannen⁶⁾, die anfangs auf der Seite Heinrichs von Mecklenburg gestanden hatten⁷⁾.

Dorf Zu der Zeit, wo mit der Schlacht von Mühlberg die Mark wieder einen rechtmässigen Besitzer bekommen hatte, war der Besitz beider Parteien annähernd der gleiche. Prenzlau und Pasewalk gehörten den Pommerherzögen, Angermünde, Templin, Straussberg, Fürstenwerder und Jagow dagegen Heinrich von Mecklenburg⁸⁾.

1) Riedel A, XIII, 167; Theo. Fischer Heinrich der Löwe v. Meckl. Rostocker Diss. 1888. S. 32 f.

2) Riedel A, XXIII, 18.

3) Riedel B, I, 466—67.

4) Zickermann a. a. O. S. 95.

5) Riedel A, XXI, 124 und 125; B, I, 469. Dass Heinrich von Mecklenburg wieder hatte zurückweichen müssen, zeigt die Bedrängnis, die ihn zu Verpfändungen (Riedel A, III, 358) und auch zur Besteuerung der Geistlichkeit nötigte, ein Schritt, der viel böses Blut erregte. (Theo. Fischer a. a. O. S. 34).

6) Meckl. Urkb. VII. S. 38, n. 4358.

7) Meckl. Urkb. VI. S. 574, n. 4235.

8) Riedel A, XIII, 321.

Die Streitigkeiten fanden infolgedessen um so leichter ein Ende, zumal es galt, den Ansprüchen des deutschen Königs, der sie gleicherweise bedrohte, entgegenzutreten. Ob und wie weit ihnen dies gelang, werden wir später sehen, nachdem wir erst den Gang der Ereignisse in den südlichen Teilen der Mark bis zu diesem Augenblicke kennen gelernt haben.

Einer der ersten, die im Süden der Mark auf die Kunde von Waldemars Tod aus diesem Ereignisse Nutzen zu ziehen gedachten, war Herzog Heinrich von Jauer und Fürstenberg, ein unternehmungslustiger schlesischer Fürst. Von den Ländern der Mark grenzte an sein Gebiet und lag sehr günstig für eine Vereinigung die Oberlausitz. Dieselbe war unter den Askaniern durch die Teilung vom 1. Mai 1268 in einen Budissiner und einen Görlitzer Kreis geschieden und wurde dann später nach dem Erlöschen der ottonischen Linie 1317 unter dem Namen: die Lande Budissin und Görlitz zusammengefasst¹⁾. Auf den ihm zunächst gelegenen östlicheren Teil, das Land Görlitz, erhob Heinrich Erbsprüche und begründete sie durch seine Verwandtschaft²⁾ mit den brandenburgischen Markgrafen. Sofort auf die Kunde vom Aussterben des askanischen Hauses — denn die Rechte des jungen Heinrich wurden unbeachtet gelassen und nicht einmal erwähnt — suchte er diese Ansprüche durchzusetzen³⁾. Bereits am 26. August bestätigte er der Stadt Görlitz ihre Privilegien. Die Bürger der Stadt handelten sehr vorsichtig

1) Siehe Knothe Rechtsgesch. der Oberlausitz. Neues Laus. Magazin B. 53, 182.

2) Seine Mutter Beatrix, die Gemahlin des schlesischen Herzogs Bolko I. von Schweidnitz, war eine Tochter des Markgrafen Otto des Langen gewesen. Auf diese Verwandtschaft beruft er sich in der oben erwähnten Urkunde vom 26. August. Köhler Codex dipl. Lusatiae superioris I, 229.

3) Sehr eingehend dargestellt von Knothe Die Vereinbarungen zwischen König Johann von Böhmen, Herzog Heinrich von Jauer und Bischof Withego von Meissen auf den Schlosse Ölsnitz am 22. September 1319. Archiv für sächs. Gesch. VIII, 266. ff.

und gingen nur zögernd auf seine Anerbietungen ein. Sie erlangten vom Herzoge das Zugeständnis, für etwaige Verluste im Dienste des Herzogs und der Stadt vollen Ersatz beanspruchen zu können, und sicherten sich für die Zukunft, indem ausdrücklich die Ansprüche anderer, darunter die des Königs von Böhmen und des deutschen Königs vorgesehen wurden. Falls sie begründeter sein sollten, oder in Wirklichkeit, falls jene stärkeren Mächte Ansprüche erheben sollten und die Parteinahme für den Herzog den Bürgern nicht mehr von Nutzen wäre, sollte die Stadt frei und ihrer Verpflichtungen entbunden sein.

Diesem Übereinkommen zwischen Heinrich von Jauer und Görlitz, der Hauptstadt des Landes, trat alsbald die Ritterschaft bei¹⁾. Hierdurch wurde erst die Besitzergreifung vollendet und Heinrich von Jauer die Möglichkeit gewährt, in seinen Plänen weiter zu gehen, und seine Rechte nunmehr auf das Land Budissin auszudehnen. Allein die Einwohner dieses Landes richteten ihre Augen auf König Johann von Böhmen, an dessen Ansprüche ja die Bürger von Görlitz bereits gedacht hatten, ehe sie sich Heinrich von Jauer zuwandten. Der Anschluss gerade an Böhmen ging auf die ehemalige Verbindung mit diesem Lande zurück. Die Erinnerung an den alten Zusammenhang, die noch nicht erloschen war, zeigte sich gleich wirksam, als die Erwägung, dass der Anschluss an ein grösseres Staatswesen in solchen Zeiten einen besseren Schutz gewähren könne. Dazu war aber Böhmen eher als Heinrich von Jauer im stande. Eben- sowenig war man geneigt, dem nahen Meissen unter Friedrich dem Freidigen sich anzuschliessen, obwohl wichtige handels- politische²⁾ Interessen beide angrenzenden Gebiete mit ein- ander verknüpften und die Oberlausitz in kirchlicher Be- ziehung unter dem Bistum Meissen stand. Hinsichtlich des

1) Ebendort S. 273 f.

2) Die grosse Handelsstrasse nach Meissen und Schlesien durchschnitt die Oberlausitz und berührte die hauptsächlichsten Städte wie Kamenz, Budissin, Löbau und Görlitz.

letzten Faktors fiel allerdings der Umstand ins Gewicht, dass die Sympathieen der Geistlichkeit in dem Bistum Meissen gerade auf seiten König Johans von Böhmen sich befanden, und diese ihren Einfluss zu dessen Gunsten geltend machte¹⁾. Sowohl allgemein kirchliche Interessen, als auch die persönliche Verbindung des Bischofs Withego von Meissen, dessen Bruder selbst böhmischer Lehnsman war²⁾, bestimmten die Hineigung der Geistlichkeit zu Böhmen. Ihrem Einflusse und dem der von Meissen abhängigen Geistlichkeit der Stadt Budissin vor allem gelang es, die Bürger von Budissin zu bewegen, Gesandte an König Johann nach Prag zu senden, um ihm ihre Unterwerfung anzubieten. Die Abgesandten leisteten daselbst am 31. August dem König den Huldigungseid³⁾, wofür der König der Ritterschaft des Landes und den Bürgern der Städte Bautzen, Kamenz und Löbau ihre Rechte und Privilegien bestätigte und erweiterte.

Infolge dieses Anschlusses waren die Absichten Heinrichs von Jauer auf das Land Budissin vereitelt und auch seine Bemühungen⁴⁾, Johann von Böhmen zur Herausgabe des Landes zu bewegen, blieben ohne Erfolg. Er musste sich mit Görlitz begnügen und konnte zufrieden sein, dass es ihm von Johann von Böhmen nicht entrissen wurde, der auch dieses Land seinem Reiche einverleiben wollte und in dieser Absicht mit seinem Kriegsheere nach der Oberlausitz gezogen

1) Edelweiss Der Rückgang des Landes Budissin aus der brandbg. an die böhmische Herrschaft. Neues Lausitzer Magazin 1836. S. 80 ff.

2) Knothe Die Vereinbarungen u. s. w. a. a. O. S. 281.

3) Köhler, a. a. O. I, 231 giebt als Datum den II. Kal. Sept., also den 31. August an, und im Anschluss daran auch Böhmer-Ficker: Reg. Kaiser Ludwigs des Baiern und seiner Zeit. III. Ergänzsheft. Joh. von Böhmen S. 392, n. 576. (Im folgenden nur noch unter dem Titel Böhmer angeführt). Die von Böhmer ebendort S. 186, n. 42 mitgeteilte Urkunde ist dieselbe und die daran sich knüpfenden Bedenken sind hinfällig.

4) Dies erhellt aus einer Urkunde, die ohne Zweifel in den Anfang des Sept. fällt (Köhler a. a. O. I, Anh. 99 f.), nach der Heinrich zwei in der Urkunde genannte Ritter „härtlich gemahnt hatte vor dem König von Böhmen um das Land zu Budissin“.

war. Sein Kriegszug liegt zwar bei der Dürftigkeit des Quellenmaterials¹⁾, das uns zu Gebote steht, noch völlig im Dunkeln, doch ist es wahrscheinlich, dass sich Johann von Böhmen zunächst in der Richtung auf Meissen bewegt habe. Für diese Annahme sprechen nicht nur die nahen Beziehungen zum Bischof Withego von Meissen, der in dem kurz nach Mitte September mit Heinrich von Jauer abgeschlossenen Verträge in der Umgebung des Böhmenkönigs erscheint, sondern auch die von Johann mit dem Markgrafen von Meissen angestrebte Verbindung. An ihn wollte der Böhmenkönig Boten senden aus seinem Rate, die mit ihm „thedingen“ sollten²⁾. Es kam für Johann darauf an, mit Meissen in gutem Einvernehmen zu bleiben, weil er, zumal wenn es sich mit Heinrich von Jauer verbündete, sonst kaum hoffen durfte, seine Pläne durchzusetzen. Das Einverständnis mit Meissen war aber andererseits von positivem Vorteil für ihn, weil es auf die Haltung des schlesischen Herzogs nicht ohne Wirkung bleiben konnte. Der drohende Konflikt mit dem letzteren wurde in der That auch vermieden³⁾, da Heinrich das Er-

1) Wir besitzen darüber nur den kurzen und allgemein gehaltenen Bericht der Chronik des Klosters Königssaal (Fontes rerum Austr. S. S. VIII, S. 409), die folgendes uns überliefert: *Heinricus dux Silesiae . . . Gorlicz obtinuit et Lubanum, licet antiquis temporibus ad regnum spectaverint Boemorum; Johanni vero, regi Boemiae barones et cives de districtu Budinensi homagium praestitere. Porro Johannes rex Boemiae cupiens plura de illis quae praefatus Marchio (Woldemarus) possederat, obtinere, cum trecentis galeatis hominibus incepit mense Septembri partes Lusatiae et fines Saxoniae visitare, oppidum, quod Sumerveld dicitur, tunc obtinuit, sed infra duos menses id ipsum, quod acquisierat, cum damno amisit. Gubin civitatem rex fortiter impugnavit, sed abinde modicum utilitatis aut commodi reportavit.*

2) Köhler a. a. O. I, Anh. 99 f.

3) Palacky Gesch. von Böhmen II, 2, 137 nimmt an, dass ein Kampf zwischen Johann von Böhmen und Heinrich von Jauer stattgefunden habe. Allein abgesehen davon, dass wir nirgends irgendwelche Kunde von einem derartigen Ereignisse bisher besitzen, was höchst auffällig ist, wenn die Ansicht Palackys richtig wäre, sprechen auch andere Verhältnisse, wie die Kürze der Zeit und die oben angeführten Bemühungen sowohl Johanns, sich mit Meissen in Verbindung zu setzen, als die Unterhandlungen

gebnislose seines Bemühens, Budissin und andere Gebiete zu gewinnen, einsah und sich fügte. Schon am 22. September kam zwischen beiden auf dem Schlosse Voigtsberg bei Ölsnitz ein Vergleich zu stande, in dem Johann von Böhmen Heinrich von Jauer den östlichen Teil der Oberlausitz, das Land Görlitz, überliess¹⁾. Er musste dies Zugeständnis, wenn auch mit Widerstreben, dem Herzoge machen, weil es klar war, dass derselbe das schon in seinem Besitz befindliche Land nicht ohne Kampf herausgeben würde, und Johann, wohl in der Hoffnung auf neue Eroberungen, aber auch infolge der geringen Vorbereitung für dies Unternehmen eine Fehde zu vermeiden wünschte. Heinrich behielt demnach Görlitz; in welchem Rechtsverhältnisse jedoch, ist nicht recht klar; denn einerseits wird der König von Böhmen „Marchio Budissinensis et Gorlicensis“ genannt, und das Land wäre danach Heinrich von Jauer als Lehen der Krone Böhmen gereicht worden, andererseits aber widerstreitet dem die Thatsache, dass später Heinrich das Land Görlitz als Reichslehen bezeichnet²⁾. Um diesen Widerspruch zu vereinigen, wird es nötig sein anzunehmen, dass, wie bei der später im

Heinrichs von Jauer mit Johann eher gegen, als für diese Ansicht. Der Wortlaut der den Ausgleich enthaltenden Urkunde aber: — Nos Henricus ad notitiam universorum volumus pervenire, ... brigam sive discordiam, quae inter nos ex una et inter illustrem principem, dominum Joannem parte ex altera suborta fuerat — fordert ebensowenig eine Annahme im Sinne Palackys heraus. Vgl. Grünhagen Gesch. Schlesiens I, 136.

1) Riedel B, I, 443 f. Hinsichtlich des Ortes der Einigung gehen die Ansichten vielfach auseinander. Klöden, dessen Darstellung gerade dieser Verhältnisse an mannigfachen Fehlern leidet, versteht darunter Ölsnitz nordöstlich von Grossenhain, Knothe dagegen (Die Vereinbarungen etc. a. a. O. S. 286 f.) die Stadt Ölsnitz im Voigtlande. Die Gründe, welche letzterer dafür anführt, lassen seine Ansicht allerdings als die am meisten sichere erscheinen, und zwar nicht allein Klöden gegenüber, sondern auch gegenüber den Ausführungen Sauppes: Die Geschichte der Burg Oybin (Neues Laus. Magazin 1886, S. 104).

2) Köhler a. a. O. S. 275. Heinrich sagt in der Urkunde vom 3. Mai 1329, als er König Ludwig den Verkauf von Görlitz an Johann anzeigt: civitatem nostram Gorlicz, quam cum aliis bonis nostris a vobis in feodum recipere consuevimus.

Jahre 1337 zwischen Johann und Heinrich vollzogenen Einigung¹⁾, so auch jetzt das Rechtsverhältnis absichtlich weniger stark betont wurde, um überhaupt ein Einverständnis zu erzielen. In Wirklichkeit hatte also Johann von Böhmen seine Rechte auf Görlitz nicht aufgegeben, wenngleich er auch auf dessen augenblicklichen Übergang in seinen Besitz hatte verzichten müssen. Und er that dies, weil ein entsprechender Preis ihm dafür geboten wurde. Heinrich von Jauer verzichtete nämlich auf seine Rechte in der Mark und dem Lande Budissin sowie vor allem auf die Niederlausitz, das Land Lebus und die Stadt Frankfurt a. O. und übertrug seine Ansprüche darauf schenkungsweise auf König Johann. Gleichzeitig wurde dem deutschen Könige als dem Oberlehnsherrn hiervon Nachricht gegeben und Ludwig gebeten, sie dem Könige von Böhmen verleihen zu wollen²⁾. Heinrich hatte es leicht, dies Geschenk zu machen; denn abgesehen von seinen Rechten, die völlig unbegründet waren³⁾, befand er sich überhaupt nicht im Besitze dieser Länder und hatte bei seiner geringen Macht keine Hoffnung darauf, sich jemals ihrer zu bemächtigen. Dem phantastischen Sinne des Böhmenkönigs aber entsprach es um so mehr, als er, der nicht einmal einen rechtlichen Anspruch auf die Länder hätte geltend machen können, dadurch wenigstens einen Rechtstitel für weitere politische Pläne erwarb, mochte er begründet sein oder nicht.

Das Unternehmen des Böhmenkönigs konnte daher jetzt seinen Fortgang nehmen und Johann beeilte sich auch, von diesen neu erworbenen Rechten Gebrauch zu machen und die ihm danach zustehenden Gebiete zu besetzen. Er zog zu diesem Zwecke nach der Niederlausitz; doch gelang es ihm nicht, Guben, die bedeutendste Stadt des Landes, zu gewinnen. Vielmehr musste er nach erfolglosen Bemühungen die Belagerung aufheben und endlich sogar die ganze Niederlausitz wieder räumen⁴⁾, deren Ritterschaft und Städte von

1) Grünhagen a. a. O. I, 148.

2) Riedel B, I, 445.

3) Vgl. Voigt Der Ausgang des ask. Hanses a. a. O. S. 106.

4) Siehe S. 36 Anm. 1.

Anfang an zu Rudolf von Sachsen standen und, offenbar von ihm unterstützt, diesen kräftigen Widerstand geleistet hatten¹⁾. Johanns ganzer Erfolg beschränkte sich nach diesem misslungenen Versuch auf den Gewinn des Landes Budissin, das er auch dauernd behielt. Denn König Ludwig von Baiern belehnte ihn am 13. September 1320 wegen seiner Verdienste um das Reich mit der Mark und dem Lande Bautzen, sowie der Stadt Kamenz nebst Zubehör²⁾. Dagegen wurden Johanns Ansprüche, die er auf die Niederlausitz, Lebus und Frankfurt erworben, vom deutschen Könige nicht anerkannt. Auch scheint König Johann von Böhmen auf weitere Versuche, sich mit Waffengewalt in ihren Besitz zu setzen oder die Anerkennung seiner Ansprüche zu erlangen, verzichtet zu haben. Somit erfreuten sich die Gebiete nach dieser Zeit einer verhältnismässigen Ruhe und Sicherheit, besonders die Oberlausitz, die aus ihrem Zustande der Herrenlosigkeit zuerst und endgiltig herausgerissen wurde. Auch die Niederlausitz blieb von schlimmeren Verwicklungen verschont, wenngleich die Entscheidung über ihr weiteres Schicksal noch unbestimmt und sie Rudolf von Sachsen noch nicht unbestritten überlassen blieb, da das Erzstift Magdeburg in Verbindung mit Meissen Absichten darauf hatte.

Im Jahre 1301 nämlich hatte Landgraf Diezmann von Thüringen im Vertrage zu Dahme (bei Luckenwalde) die Niederlausitz für 6000 Mark Silbers dem Erzstifte Magdeburg verkauft und von demselben den nutzbaren Besitz für Lebenszeit erhalten. Doch diese Abmachung trat nie in rechtliche Wirksamkeit, da der Landgraf die Zustimmung seines Vaters Albrecht und seines Bruders Friedrich zu diesem Übereinkommen, vor allem aber die des deutschen Königs Albrecht nicht erlangen konnte. Dieser versagte seine Bestätigung, weil nach dem Vertrage die Niederlausitz, die ein

1) Am 26. Oct. 1319 (Riedel B, I, 449) befand sich Rudolf von Sachsen in Guben, nachdem Johann von Böhmen eben erst das Land verlassen haben konnte.

2) Riedel B, I, 468.

Reichslehen war, in ein Reichsafterlehen verwandelt und Eigentum eines geistlichen Herren geworden wäre, was gegen die Grundsätze des deutschen Staatsrechtes verstieß¹⁾. Das Land ging dann kurz darauf in die Hände der brandenburgischen Markgrafen über, die natürlich die Oberlehns-herrlichkeit des Erzstiftes Magdeburg nicht anerkannten und sich von Reichswegen damit belehnen liessen. Was ihm damals nicht gelungen, versuchte das Erzstift jetzt nach dem Aussterben der Askanier; denn Burchard machte diese Rechte geltend. Da er aber selbst zu schwach war, trat er zu diesem Zweck mit Meissen, dem ehemaligen Besitzer der Niederlausitz, in Verbindung.

Markgraf Friedrich der Freidige von Meissen war ebenfalls während dieser Zeit märkischer Wirren nicht müßig gewesen. Es gelang ihm selbst noch, das im brandenburgischen Besitze befindliche Dresden seinem Hause zurück-zuerwerben. Die Rechte, welche Bischof Withego von Meissen darauf geltend machte, wurden einem Schiedsgerichte zur Entscheidung überlassen und für eine Summe von 1000 Schock Prager Groschen abgelöst²⁾. Dass er ebenso die anderen noch von Meissen abgetrennten Gebiete³⁾, die Ämter Torgau, Mühlberg und Grossenhain mit Zubehör in dieser Zeit zurückgewonnen hat, ist wohl mit Sicherheit anzunehmen. Nicht unwahrscheinlich ist es ferner, dass er ebenso einen Versuch zur Wiedererwerbung der Niederlausitz ins Auge gefasst und thatsächlich auch ausgeführt hat. Auf die Niederlausitz war nämlich schon vor dem Eroberungs-versuche des Königs Johann von Böhmen von anderer Seite ein solcher gemacht worden⁴⁾. Es spricht manches da-für, dass Markgraf Friedrich hiermit in Verbindung zu

1) Scheltz Gesch. der Ober- und Niederlausitz I, 203 ff.

2) Riedel B, I, 446; v. Klöden a. a. O. II, 364.

3) Vgl. Wegele Friedrich der Freidige S. 334 ff.

4) Wir dürfen dies schliessen aus der Urkunde vom 1. Sept. 1319 (Riedel C, III, 24). Darin heisst es: Ouch schull wir (Johann und Richard von Cottbus) si (die Bürger) vortedingen dez schaden, den sie genummen han nach marcgrafen Woldemars tode.

setzen ist; denn es wäre doch auffallend, dass eine so kriegerisch angelegte Natur, wie die Friedrichs von Meissen es war, diese günstige Gelegenheit nicht ergriffen haben sollte, um die Meissen früher entrissenen Gebiete, die ihn so häufig zu Kämpfen mit den brandenburgischen Markgrafen veranlasst hatten, wieder zu gewinnen. Ebenso befremdet es, dass er den Unternehmungen Johanns von Böhmen auf die Niederlausitz so passiv gegenüberstand, während man doch das Gegenteil erwarten sollte. Dies Verhalten würde aber erklärlich erscheinen, wenn wir annehmen, dass Friedrich eigener Versuch ohne Erfolg geblieben ist und ihn für die nächste Zeit von einer Wiederholung desselben abgeschreckt hat. Er selbst kam dann überhaupt nicht mehr dazu, da sein mit dem Jahre 1320 beginnendes Siechtum¹⁾ ihn daran hinderte; doch trat für ihn seine Gemahlin Elisabeth, eine kluge und einsichtsvolle Fürstin, ein. Sie setzte mit Erfolg seine Bestrebungen fort. Es gelang ihr die Niederlausitz zu erwerben, wenigstens als Lehen des Erzstiftes Magdeburg. Der Erzbischof Burchard belehnte nämlich am 26. December 1321²⁾ den noch unmündigen Sohn der Elisabeth, den späteren Friedrich den Ernsthaften, mit dem Lande und der Mark Niederlausitz, sowie mit den Vesten Droissig und Werben. Dagegen sollte beim unbeerbten Abgange des jungen Fürsten die Lausitz an Magdeburg zurückfallen. Ein gegenseitiges Schutz- und Trutzbündnis ward geschlossen und sollte dazu führen, dem jungen Friedrich zur Erwerbung des Landes zu verhelfen. Doch war bis zur thatsächlichen Besitzergreifung noch ein grosser Schritt. Rudolf von Sachsen hatte in dem Lande zu festen Anhang gefunden und hielt es nicht allein bis zum Ende des märkischen „Interregnums“, sondern noch lange Zeit danach fest in seinem Besitz.

Wir sind damit zu Ende in der Darstellung der Er-

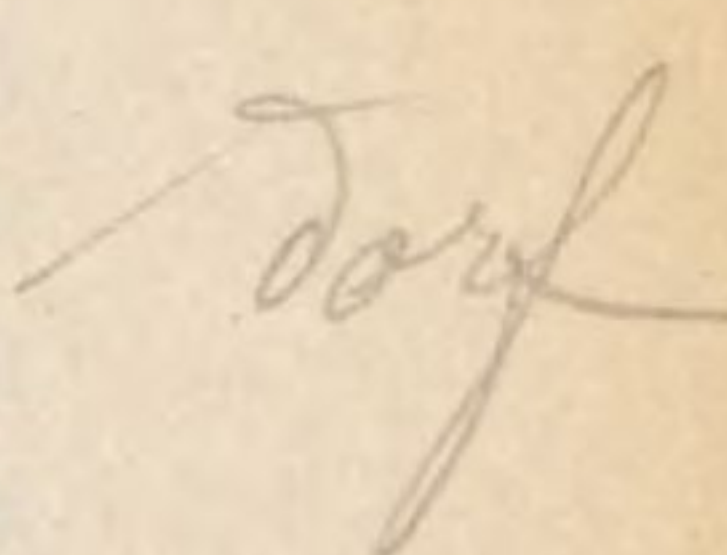
1) Er verfiel in Schwermut und war daher regierungsunfähig; vgl. Wegele Friedrich der Freidige S. 438 f. Anm. 1.

2) Riedel B, I, 471.

eignisse, die sich in den einzelnen Landesteilen der Mark seit Waldemars Tode vollzogen. In ihrer Gesamtheit stellen sie uns die allgemeine Zersetzung und Auflösung dar, von der das verwaiste Land ergriffen wurde. Überblicken wir daher noch einmal das Endergebnis dieser traurigen Entwicklung. Der Kern des Landes, die später sogenannte Mittelmark, nebst der Niederlausitz befand sich im Besitze Herzog Rudolfs von Sachsen. Die Altmark gehörte zum grössten Teile der Witwe des verstorbenen Markgrafen als Leibgedinge und fiel durch deren zweite Vermählung dem Herzog Otto von Braunschweig anheim. In die Gebiete ihres Wittums, die in der Mittelmark lagen, teilten sich Herzog Rudolf von Sachsen und Heinrich von Mecklenburg, der ausser der mittelmärkischen Voigtei Liebenwalde die Priegnitz und Teile der Uckermark erworben hatte. Die Herzöge von Pommern waren auf dem besten Wege, das alte Lehnverhältnis zu Brandenburg von sich abzustreifen, und kämpften um den Besitz der Uckermark, des Landes über der Oder und Lebus. Görlitz war an Heinrich von Jauer und Fürstenberg gekommen, während die westliche Hälfte der Oberlausitz, das Land Budissin, dem Könige Johann von Böhmen als Reichslehen gereicht und dadurch bereits endgiltig von dem märkischen Länderverbände gelöst war. Dasselbe Schicksal hatte auch einen Teil der sächsisch-thüringischen Gebiete des Kurstaates betroffen, indem die Mark Landsberg und Pfalzgrafschaft Sachsen kurz nach dem Tode des jungen Heinrich den Grafen Bernhard, Albrecht und Waldemar von Anhalt durch Ludwig verliehen waren¹⁾. Die übrigen Errungenschaften der Askanier in Sachsen-Thüringen waren grösstenteils an Meissen, den früheren Besitzer derselben, wieder verloren gegangen.

1) Riedel B, I, 460.

Diesem Zustande der Zersetzung und Unsicherheit der märkischen Verhältnisse wurde nun ein Ende gemacht, als gegen Ausgang des Jahres 1322 die Entscheidung des Kampfes um das Reich gefallen war. Am 28. September 1322 wurde Friedrich von Österreich in der Schlacht bei Mühldorf von Ludwig geschlagen und er selbst sowie sein Bruder Heinrich gefangen genommen. Jetzt musste das Verhältnis Ludwigs zu der märkischen Angelegenheit der Entscheidung näher rücken. Wohl mochte er schon nach dem Tode des letzten Askaniers, des jungen Heinrich, an eine Erwerbung dieser nördlichen Gebiete gedacht haben; einen thatsächlichen Versuch jedoch, sich in ihren Besitz zu setzen, hat er niemals gemacht, seine Politik beschränkte sich vielmehr darauf, keine der um die Beute ringenden Parteien allzu mächtig werden zu lassen. Dies änderte sich mit einem Schlage, nachdem die Schlacht bei Mühldorf seine allgemeine Anerkennung im Reiche herbeigeführt hatte. Zwar stand noch der kühne und ritterliche Herzog Leopold im Felde und war entschlossen, die Sache seines gefangenen Bruders und des österreichischen Hauses weiter zu verfechten, aber Ludwig hütete sich, die Überlegenheit seines Gegners mit den Waffen zu erproben und dadurch die grosse moralische Wirkung seines Erfolges über seinen Gegenkönig durch neue gefährliche Kämpfe aufs Spiel zu setzen. Er benutzte vielmehr die Freiheit und Bewegung, um seine Macht im Reiche zu konsolidieren. Die in der Mark Brandenburg herrschenden Zustände aber boten dazu die beste Gelegenheit. Nachdem er nun freie Hand bekommen, trat er offen mit dem Plane der Erwerbung der Mark Brandenburg für sein Haus hervor. Das Beispiel seiner Vorgänger ermunterte ihn dazu, und das im Reich geltende Recht gestattete dem deutschen Könige, erledigte Reichslehen neu zu vergeben. Die früher herrschende Rechtsanschauung aber, dass er sie nicht dauernd behalten dürfe, war nach dem Verfahren, das schon seine Vorgänger eingeschlagen hatten, nicht mehr so lebendig und deshalb kein Hindernis für seine Pläne. Da nun ein männlicher Spross



des askanischen Hauses nicht mehr vorhanden war, die Ansprüche der weiblichen Descendenten aber nicht geltend gemacht zu sein scheinen, die anderer Prätendenten dagegen ohne Berechtigung waren, so nahm Ludwig die Mark mit ihren Ländern für seinen Erstgeborenen, den damals erst achtjährigen Ludwig¹⁾, in Besitz. Es geschah dies auf dem Reichstage zu Nürnberg, den er im März und April des Jahres 1323 dort abhielt²⁾. Er übertrug seinem Sohne hier die Mark mit der Erzkämmererwürde, den Herzogtümern Stettin und Demmin, dem Lande Stargard, der Grafschaft Wernigerode, sowie allen Ländern und Grafschaften in dem Umfange, wie sie durch den Tod des Markgrafen Waldemar an das Reich und den Kaiser gefallen waren, und befahl, den genannten Ludwig als Markgrafen und Erzkämmerer des Reiches anzuerkennen und ihm den Treuschwur zu leisten. Unsere Kenntnis der Nürnberger Reichstagsverhandlungen ist eine äusserst mangelhafte, und besonders fehlen jegliche Nachrichten über die Mark Brandenburg. Nichtsdestoweniger aber muss hier darüber verhandelt und dem jungen Ludwig die Mark zugesprochen sein; denn bereits am 4. Mai erscheint er als Markgraf von Brandenburg³⁾, und ebenso gedenkt ein zuverlässiger zeitgenössischer Berichterstatter, der Abt Peter von Königssaal, dieser Belehnung, dessen Angabe⁴⁾ uns darauf schliessen lässt, dass sie noch im März oder gleich zu Anfang April stattgefunden haben muss. Wunderbarerweise wurde über diesen wichtigen Akt damals keine Ur-

1) Dass Markgraf Ludwig damals erst acht Jahre alt war, bezeugt Peter von Königssaal a. a. O. S. 423 zum 4. April 1323: Circa idem tempus Ludowicus Romanorum rex filio suo primogenito „octenni“ Brandenburgensem marchionatum contulit. Ferner Detmar zum Jahre 1324 (Chroniken der deutschen Städte B. 19 S. 448): „Kume van neghen jahren olt“. Dazu stimmt eine von Muffat (Geburtsdaten von Ludwig des Baiern Söhnen, in den Sitz.-Ber. der Münch. Akad. hist. Klasse III, 1873, S. 898 mitgeteilte Urkunde, nach der König Ludwig vor dem 6. Mai 1315 noch keinen Sohn hatte.

2) Vgl. Böhmer S. 432.

3) Riedel B, II, 1.

4) Siehe Anm. 1.

kunde ausgestellt, sondern erst fast ein Jahr später, nachdem die Belehnung des jungen Markgrafen bereits in eine teilweise Besitzergreifung des neuen Landes übergegangen war. Die Schwierigkeiten, die von den Gegnern des jungen Fürsten dabei gemacht wurden, mögen nicht zum geringsten Teile dem Mangel der schriftlichen Fixierung des Belehnungsaktes entsprungen sein und daher Veranlassung gegeben haben, dass man sich entschloss, das Versäumte nachzuholen. Am 24. Juni 1324 wurde die nachträgliche Belehnungsurkunde, die trotz ihres wichtigen Inhaltes der allgemein üblichen Bestätigung durch Zeugen entbehrte, in Frankfurt a. M. ausgefertigt. Sie wurde aber entweder aus Versehen oder wahrscheinlicher absichtlich auf Nürnberg zurückdatiert, wo zuerst die Belehnung stattgefunden¹⁾.

Die Mark hatte somit wieder einen Herrn. Es galt nun, auch thatsächlich von ihr Besitz zu ergreifen. Dazu diente eine Reihe wohl vorbereiteter Massregeln. Noch zu Ende des Jahres 1322 oder gleich zu Anfang 1323 knüpfte Ludwig mit der Markgräfin Elisabeth von Meissen Verbindungen an und verabredete mit ihr eine Ehe zwischen ihrem noch unmündigen Sohne, dem späteren Friedrich dem Ernsthaften, und seiner eigenen Tochter Mechthilde. Er durchkreuzte damit die Absichten des Königs von Böhmen, der den jungen Fürsten zum Gemahl seiner Tochter Jutta ausersehen hatte. Die kleine böhmische Prinzessin, die auf

1) Riedel B, II, 14. Böhmer S. 42 n. 727 : Datum et actum in Nurenburg, in die S. Johannis baptiste anno Domini millesimo trecentesimo vicesimo quarto. Hinsichtlich des Datums hat schon Böhmer darauf aufmerksam gemacht, dass es nicht ins Itinerar passe, denn nach Böhmer S. 432 befand sich Ludwig vom 26. IV.—27. VI. in Frankfurt. Dass Unregelmässigkeiten oder Formfehler bei der Belehnung 1323 vorgekommen seien, wie Zickermann a. a. O. S. 97 annimmt, ist nicht zu schliessen aus den Worten: ipsumque (sc. Ludowicum) et heredes suos eciam de omnibus et singulis premissis investivimus nostre annulo majestatis omnem errorem seu defectum in eisdem factum et quameunque sollempnitatem obmissam supplentes de nostre plenitudine majestatis; es sind dies lediglich juristische Wendungen.

der Wartburg bei der Markgräfin Elisabeth schon fast ein Jahr gewohnt hatte, wurde nun am Anfang des Jahres 1323 zum Missfallen des Prager Hofes in die Heimat zurückgeschickt¹⁾ und Friedrich von Meissen mit Mechthilde verlobt. Am 24. Januar befand sich die Markgräfin in Regensburg und verhandelte mit Ludwig über die näheren Bedingungen des Heiratsplanes²⁾. Der König sollte seinem neuen Schwiegersohne als Zugeld und Brautschatz 10000 Mark geben und ihn damit auf Mühlhausen und Nordhausen anweisen. Dagegen bestimmte die Markgräfin Ludwigs Tochter 20000 Mark zum Wittum. Ausserdem ermächtigte Ludwig den jungen Markgrafen und seine Mutter, die König Johann von Böhmen um 10000 Mark Silber verpfändeten Städte Altenburg, Zwickau und Chemnitz zu lösen³⁾. Die Heirat kam wirklich einige Monate darauf in Nürnberg zustande⁴⁾, wo die Hochzeit gefeiert wurde und Ludwig am 7. Mai seinem Schwiegersohne die Belehnung mit Thüringen-Meissen sowie dem Osterlande erteilte und auch die übrigen Vertragsbedingungen vollzog⁵⁾.

Die Verbindung mit Meissen war in vielen Beziehungen von Bedeutung. Zunächst kommen dabei die Rücksichten in Betracht, die den nächsten Plänen des Königs in Hinsicht auf die Mark entsprachen: er wollte an den Grenzen des neu erworbenen Landes einen ihm eng befreundeten Fürsten haben⁶⁾. Ausserdem aber beabsichtigte und erreichte Ludwig dadurch die Auflösung jenes früher⁷⁾ erwähnten Bündnisses

1) Peter von Königssaal a. a. O. S. 423 zum Jahre 1323: „non sine magna multorum admiratione et displicentia“.

2) Böhmer S. 415, n. 413. Näheres bei v. Weech Kaiser Ludwig der Baier und König Johann von Böhmen S. 114.

3) Böhmer S. 33, n. 570.

4) Hervorragenden Anteil an dem Gelingen von Ludwigs Absichten hatte sicherlich Graf Heinrich von Schwarzburg, der Vormund des jungen Friedrich, den Ludwig wohl zur Belohnung um diese Zeit mit einigen Ortschaften belehnte; vgl. Böhmer S. 31, n. 530.

5) Böhmer S. 33, n. 570/71.

6) Lindner a. a. O. I, 307.

7) Siehe Seite 41.

zur Erwerbung der Niederlausitz, das die Markgräfin Elisabeth mit dem Erzbischof von Magdeburg unter Anerkennung der Oberlehnshoheit desselben geschlossen hatte, denn indem er am 21. August 1323 seinem Schwiegersohne die Schutzherrschaft der Niederlausitz übertrug¹⁾, erkannte dieser Ludwig damit als Oberlehnsherrn des Landes an und sagte sich vom Erzbischof los.

Vielleicht war Ludwig neben diesen Absichten noch von anderen Erwägungen geleitet, die ihm jenes Zusammengehen mit Meissen wünschenswert erscheinen liessen. König Johann von Böhmen hatte nämlich nach der Schlacht bei Mühldorf für die beabsichtigte Heirat zwischen dem Markgrafen von Meissen und seiner Tochter Jutta sich von Ludwig Versprechungen ausbedungen, die für die zukünftige Zeit nicht ohne wichtige Folgen sein mussten. Auf seine Bitte gab ihm der deutsche König am 4. October 1322 die Zusicherung, dem zukünftigen Schwiegersohne des Böhmenkönigs, dem jungen Friedrich von Meissen, die reichslehnbaren Lande Thüringen, Meissen und das Osterland zu verleihen, wenn derselbe zu ihm komme und das Land empfangen wolle²⁾. Die Zusage enthielt eine wichtige Zusicherung, wenn wir bedenken, dass Ludwigs Vorgänger Adolf von Nassau und Albrecht von Österreich auf diese Lande von Reich wegen Ansprüche geltend gemacht hatten, und er jetzt dazu sich bereit erklärte, sie aufzugeben. Es bleibe deshalb dahingestellt, ob allein die Aussicht auf die Erwerbung der Mark und das Streben, die Bundesgenossenschaft Meissens für diesen Zweck zu erwerben, für Ludwig bestimmend gewesen, oder ob nicht etwa die Eheverbindung mit jener früheren Zusage in Zusammenhang zu bringen ist, und sich umfassendere Pläne bereits dahinter verbargen. Jedenfalls

1) Lippert Markgraf Ludwig der Ältere von Brandenburg und Markg. Friedrich der Ernste von Meissen, Forsch. z. br.-pr. Gesch. B. V, 562. Die Urkunde selbst ist noch nicht mitgeteilt, doch ist ihre Veröffentlichung von dem Genannten in Aussicht genommen.

2) Böhmer S. 28, n. 474.

verdient zur Beurteilung von Ludwigs Politik sein später unternommener Versuch, Meissen an sein Haus zu bringen, als beachtenswertes Moment in dieser Beziehung hervorgehoben zu werden. Er brachte nämlich einige Jahre später zwischen seinem Sohne Ludwig und dem genannten Friedrich eine Erbverbrüderung zustande, „die für das bairische Haus um so mehr eine günstige Aussicht auf Vergrösserung seiner Macht eröffnete, als der junge Friedrich von sehr schwächlicher Leibesbeschaffenheit und der einzige seines Hauses war“¹⁾. Es wäre nicht unmöglich, dass die mit Meissen eingegangene Verbindung die Einleitung zu seinem nachher unternommenen Versuche auf dieses Land gewesen ist. Für die spätere Zeit bot demnach diese Ehe ebenso die besten Aussichten dar, wie sie andererseits den zunächst gelegenen Zielen, der unmittelbar bevorstehenden Besitzergreifung der Mark, Förderung und Unterstützung verhiess.

Nicht minder vorteilhaft für Ludwigs Unternehmen gestalteten sich die Verhandlungen, die eben dort in Nürnberg fast gleichzeitig mit dem Herzog Otto von Braunschweig zum Abschluss kamen. Derselbe empfing hier am 4. Mai (1323) von Ludwig seine Lande als Lehen und verpflichtete sich dem Könige und seinem Sohne — dessen hier zum ersten Male in einer Urkunde als Markgrafen von Brandenburg gedacht wird — zum Beistande wider alle, die ihn an der Besitzergreifung der Marken hindern wollten, und insbesondere gegen Rudolf von Sachsen und Heinrich von Mecklenburg²⁾. Der König versprach hingegen dem Herzoge und seiner Gemahlin Agnes den lebenslänglichen Besitz des grössten Teiles der Altmark, soweit dieselbe eben zum Wittume der ehemaligen Markgräfin von Brandenburg gehörte. Jedoch sollte das Land nach ihrem Tode wieder an den neuen Markgrafen fallen, dem die in Frage kommenden Städte und Vasallen sogleich die eventuelle Erbhuldigung leisten sollten. Agnes

1) Voigt Die eventuelle Belehnung des Markgrafen von Meissen mit der Mark Brandenburg. Märk. Forschungen Bd. 8. S. 207.

2) Riedel B, II, 1.

dagegen verzichtete auf ihr übriges, in der Mittelmark gelegenes Leibgedinge, die Städte Berlin, Spandau, Mittenwalde, Liebenwalde, Köpenick, Landsberg und die Territorien Teltow und Rathenow nebst Zubehör. Sie konnte auf diese Bedingungen um so eher eingehen, als sie sich gar nicht im wirklichen Besitz der mittelmärkischen Städte befand und auch nicht hoffen konnte, dass sie je in deren Besitz gelangen würde, als Entgelt dafür aber ihr Gemahl die Nutzniessung ihres altmärkischen Wittums mit-erhielt.

Von Wichtigkeit aber wurde es, dass sich ausser benachbarten Fürsten auch Städte, Adel und Geistlichkeit der Mark selbst Ludwigs Plane geneigt zeigten und sich ihm zum Beistande verpflichteten. Von den Städten hatte sich schon früh die Altstadt Brandenburg auf seine Seite gestellt, deren Abgesandte sich bereits am 31. Mai bei ihm eingefunden hatten¹⁾. Bei der hervorragenden Stellung, die Brandenburg als Rechtsquelle für die übrigen Städte und als diejenige Stadt einnahm, auf der des Reiches Erzkämmereramt und die Kurwürde beruhte²⁾, war deren Anschluss von nicht geringerer Bedeutung als der gleichzeitige des mächtigen Magdeburg. In letzterer Stadt fand der König eine bereite und thatkräftige Helferin besonders gegen den streitlustigen Erzbischof, der mit den Bürgern seines Erzbischofssitzes beständig in Hader lebte und erst neuerdings wieder ihren Zorn durch einen die Bürger bedrückenden Erlass erregt hatte³⁾. Die Gesandten beider Städte begleiteten Ludwig auch weiterhin auf seinem Zuge von Nürnberg gegen Norden nach Arnstadt, wo er fast den ganzen August hindurch verweilte und in

1) Riedel A, IX, 20.

2) Über die Bedeutung Brandenburgs und den Wert, den Ludwig der Stadt beimass, möge zum Zeugnis dienen Riedel A, IX, 26, wo es heisst: (urbs Brandenburg), a qua noster principatus traxit originem, in qua etiam officium archicamerarii sancti imperii, qua elector imperii dicimur et sumus, principaliter radiatur.

3) Iw. Koch a. a. O. S. 339.

regem Bemühen für die Sache seines Sohnes den Bischof Albrecht von Halberstadt seinem Unternehmen günstig stimmte. Dieser belehnte am 10. August zu Arnstadt den jungen Markgrafen mit Krumbeck, Seehausen, Werben und Arneburg und für den Fall der Genehmigung der Herzogin Agnes von Braunschweig mit Tangermünde, Gardelegen, Stendal und Osterburg¹⁾. Ludwig belehnte ferner hier die Tochter seiner Schwester Agnes und Heinrichs I. von Landsberg, Sophie, mit allen Reichslehen, die der verstorbene Markgraf besessen²⁾, und belohnte die Unterstützung seiner Politik durch die Städte mit Bestätigung und Verleihung von Rechten und Privilegien. Nachdem er schon am 31. Mai der Stadt Brandenburg ein Privileg erteilt, verlieh er ihr am 5. August ein neues³⁾ und nahm an demselben Tage die Stadt Magdeburg in seinen Schutz⁴⁾ und versprach ihr unter der Bedingung der Gegenleistung, dass Markgraf Ludwig sie mannhaft verteidigen solle. Einige Tage später, am 9. August, verpflichteten sich ausserdem die Bürger, dem Könige innerhalb eines Umkreises von drei Meilen und in ihrer Stadt auf seinen Befehl zu dienen. Für weitere Entfernungen wollten sie auf die Anordnungen Burchards von Mansfeld, Gorduns von Hadmersleben und Konrads von Wernigerode gegen Rudolf von Sachsen und andere dem Kaiser und dem Reiche feindlich Gesinnte Hilfe leisten⁵⁾.

Hier in Arnstadt fanden sich auch Friedrich von Nürnberg und Burchard von Mansfeld wieder bei ihm ein⁶⁾, die von ihm als Abgesandte an den dänischen Hof geschickt waren und ihm die mächtige Bundesgenossenschaft König

1) Riedel B, II, 6 und 7.

2) Riedel B, II, 7.

3) Riedel A, IX, 21.

4) Riedel B, II, 6.

5) Urkb. d. Stadt Magdeburg in den Gesch.-Qu. der Provinz Sachsen XXVI, S. 173, n. 302.

7) In der Urkunde vom 21. August (Riedel B, II, 7) erscheinen sie als Zeugen.

- ophs

Christians von Dänemark erworben hatten, dessen Einfluss auf die Herzöge von Mecklenburg und Pommern ihm dazu dienen sollte, deren Widerstand zu brechen. Der Weg dazu war gleichfalls eine Heirat. Ludwig beschloss nämlich seinen Sohn, den Markgrafen, mit des Dänenkönigs Tochter Margarete zu verheiraten und sandte deshalb die beiden oben genannten Grafen an dessen Hof. Beide gewannen auf ihrer Reise dahin noch den Herzog Erich von Sachsen-Lauenburg für die Partei der Wittelsbacher¹⁾ und brachten durch ihr Geschick im Unterhandeln und infolge der Geneigtheit des dänischen Königs am 13. Juli zu Seeburg den Heiratsvertrag zustande²⁾. In demselben wurde festgesetzt, dass die Mitgift, die 12000 Mark betragen sollte, in Jahrestermen zu zahlen sei. Für den Fall, dass Markgraf Ludwig vor seiner Gemahlin stürbe, seien vom Kaiser und seinem Sohne der dänischen Prinzessin 24000 Mark als Witwengelder auszusetzen und zur Sicherstellung dieser Summe ihr Städte, Dörfer und Schlösser zu verpfänden, deren Bewohner ihr sogleich den Treueid schwören sollten. Eine Zusammenkunft beider Könige zu Lübeck war ebenfalls verabredet worden, um dort die Verlobung zu feiern; denn König Christoph kam am 19. October, so berichtet uns der nordische Chronist Detmar³⁾, in die Trave mit vielen

1) Heidemann Graf Berthold v. Henneberg als Verweser der Mark Brandenburg von 1323—1330, in den Forschungen zur deutsch. Gesch. XVII, 119.

2) Riedel B, II, 3. Der Abdruck bei Böhmer S. 415, n. 416 trägt falsches Datum und ist im ganzen auch sehr unvollständig, weil er nur v. Freybergs (Beurkundete Gesch. des Markgrafen Ludwig von Brandenburg, Abhandlungen der kgl. bair. Akad. II, 10) ältere Angabe benutzt. Für die Ausführung der im Vertrage festgesetzten Bestimmungen verbürgten sich ausser den zwei genannten Unterhändlern Kaiser Ludwig und sein Sohn, der Markgraf Adolf, Pfalzgraf bei Rhein, Friedrich von Meissen und Berthold von Henneberg. Letzterer scheint an dieser politischen Verbindung in erster Linie beteiligt gewesen zu sein, wenngleich er auch (im Widerspruche zu Freyberg) an der Gesandtschaft selbst nicht teilgenommen hat. Vgl. Heidemann a. a. O. S. 117.

3) Detmar a. a. O. S. 446.

Schiffen und seiner besten Ritterschaft in der Hoffnung, den König Ludwig in Lübeck zu finden, um dessen Sohne, dem Markgrafen Ludwig, seine Tochter anzuvertrauen. In der That hatte auch der deutsche König sich dem Schauplatze der ihn so eifrig beschäftigenden Verhältnisse genähert, aber nach Lübeck kam er wider Erwarten nicht. Von Arnstadt kehrte er plötzlich um und zog wieder südwärts gen Baiern, die Ausführung des in Aussicht genommenen Planes und die Einführung seines Sohnes überhaupt dem gewandten und erfahrenen Berthold von Henneberg überlassend. Die Vorbereitungen, die der dänische König bereits zu der bevorstehenden Feier getroffen hatte, waren umsonst gewesen. Er liess daher, so erzählt Detmar weiter, nachdem er 14 Tage gewartet und erfahren hatte, dass der römische König „wegen grosser Bedrängnisse durch den Papst und viele andere Feinde“ behindert worden sei, den grossen Saal, der mit vielen Kosten errichtet war, wieder abbrechen und kehrte unwillig in sein Reich zurück¹⁾.

Es müssen wichtige Gründe gewesen sein, die Ludwig bewogen, das aussichtsreiche Unternehmen plötzlich aufzugeben; denn „welchen Eindruck hätte es auf die Bevölkerung machen müssen, wenn in ihrer Mitte der römische König in Person erschienen wäre, um seinen Sohn als ihren zukünftigen Regenten zu proklamieren, wenn endlich die Zusammenkunft der beiden Könige in Lübeck auch äusserlich der Welt bewiesen hätte, welche Schutzmächte dem jungen Markgrafen zur Seite ständen“²⁾. Nach dem oben citierten Berichte Detmars sollen die Hindernisse in der allgemeinen bedrohlichen politischen Lage bestanden haben, in welche die drohende Haltung seiner Gegner den deutschen König versetzt habe. Offenbar ist diese allgemein gehaltene Angabe weit entfernt, eine Erklärung der Motive Ludwigs zu geben, sie stimmt überdies mit den damaligen politischen Verhältnissen nicht überein; denn Ludwigs Lage war keineswegs so gefährlich,

1) Detmar a. a. O.

2) Heidemann a. a. O. S. 119.

wie sie von dem Chronisten dargestellt wird. Der Gegensatz zum Papste hatte noch nicht die spätere Schärfe und Heftigkeit erlangt, dass Ludwig sich dadurch zur Umkehr hätte bewogen fühlen können. Erst am 8. October erliess Johann XXII. seinen sogenannten ersten Process gegen Ludwig, in dem er ihn aufforderte, das Reichsregiment niederzulegen und nicht eher wieder zu übernehmen, als bis er die päpstliche Bestätigung erlangt habe¹⁾.

Ähnlich stand es mit dem Verhältnis Ludwigs zu den grossen Fürsten im Reiche. Die Zeit nach der Schlacht bei Mühldorf war noch zu kurz und der Eindruck dieses Tages, der wie kein anderer dieser Zeit auf die Zeitgenossen eingewirkt hatte, noch zu nachhaltig, als dass gleich darauf wieder neue Mächte des Widerstandes öffentlich hervorzutreten gewagt hätten. Allerdings hatte sich Ludwigs Verhältnis zu Böhmen etwas geändert. Der Kampf gegen Habsburg hatte beide bis dahin fest bei einander gehalten, die Niederlage des gemeinsamen Gegners aber dies Band gelockert. Dazu kamen alsdann Ludwigs Absichten und Thaten hinsichtlich der Mark Brandenburg. Es wird berichtet, Johann von Böhmen habe sich selbst Hoffnung auf die Belehnung mit diesem Lande gemacht und sei erbittert gewesen, als sich diese Erwartung nicht erfüllte und der deutsche König die Zusage nicht hielt, die er darüber ihm früher gegeben hatte²⁾. Vielleicht mag Johann in seinem politischen Spekulationen so geneigten Sinne derartige Gedanken gehegt haben, durch Ludwigs unsicheres Verhalten in dieser Hoffnung auch bestärkt worden sein, sicher hat aber Ludwig eine bestimmte Zusage ihm nicht gegeben. Sonst wäre auch Johann von Böhmen gewiss einmal darauf zurückgekommen und hätte sie sich zu Nutze gemacht, wir müssten denn andernfalls annehmen, dass uns eine Nachricht davon nicht erhalten geblieben ist. Dass demnach die Besitzergreifung der Mark durch Ludwig das frühere Einvernehmen zwischen

1) Siehe Seite S. 70.

2) Johann von Viktring, Böhmer Fontes I, 399; Palacky Gesch. v. Böhmen II, 2, 148.

beiden Königen wesentlich erschüttert hätte, unterliegt begründeten Zweifeln. Weit eher aber musste dies durch die Verheiratung des Markgrafen Friedrich von Meissen mit Ludwigs Tochter und die schmäbliche Zurücksendung der Tochter des Böhmenkönigs geschehen. Die Kränkung, die der deutsche König dadurch seinem ehemaligen Kampfgenossen zufügte, dem vor allen nächst dem Burggrafen von Nürnberg die Besiegung des Gegenkönigs in der Schlacht zu danken war, musste Johann erbittern und das alte Freundschaftsbündnis lockern. Aber gleichwohl erfolgte noch kein Bruch zwischen beiden, und Johann war weit entfernt davon, durch derartige Gefühlsmomente allein sich in seinen politischen Handlungen bestimmen zu lassen. Die Friedensunterhandlungen, die er bald darauf mit Österreich und Ungarn anknüpfte, und die im September erfolgte Freilassung seines Gefangenen, des Herzogs Heinrich von Habsburg¹⁾, waren daher weniger diesem Gefühle der Erbitterung über Ludwigs Undankbarkeit entsprungen, als vielmehr den veränderten Verhältnissen im Reiche, die jetzt ein so festes Zusammenhalten mit dem Hause Wittelsbach nicht mehr nötig erscheinen liessen, nachdem Österreichs Macht wenigstens für eine geraume Zeit gebrochen war. Andererseits aber lag in diesen Handlungen keine Bedrohung Ludwigs²⁾, jedenfalls keine so unmittelbare, dass er dadurch veranlasst worden wäre, die wichtige Zusammenkunft mit dem Könige von Dänemark zu unterlassen. Wie wenig überhaupt von einer unmittelbar feindlichen Bedrohung durch das Verhalten Johannis die Rede sein kann, beweist am allerbesten die im October (1323) erfolgte Zusammenkunft beider Könige zu Donauwörth, in der sie, obgleich durch eine Reihe unangenehmer Ereignisse verstimmt, doch beide das alte Einvernehmen wiederherzustellen bemüht waren³⁾.

Es kam also nur noch eine Partei im Reiche in

1) Riezler Gesch. Baierns II, 346.

2) Vgl. Heidemann a. a. O. S. 120.

3) Böhmer S. 38, n. 647; S. 188, n. 67 u. 68; S. 273, n. 2668.

Betracht, und das war die habsburgische, deren Vertreter Leopold allerdings Ludwig noch feindselig gegenüberstand. Jedoch gerade damals war die grösste Aussicht vorhanden, dass in diesem Verhältnis eine Besserung eintreten würde. In der That erfolgte sie bald, nachdem Ludwig den nordischen Angelegenheiten den Rücken gekehrt hatte und nach Baiern gezogen war. Wie einerseits nämlich Johann von Böhmen mit den Habsburgern die Verbindung wieder angeknüpft und gefunden hatte, so war auch Ludwig mit ihnen in Unterhandlung getreten. Am 21. September 1323 entwarf Heinrich von Kärnthen einen Ausgleich zu München¹⁾, demgemäss ein Schiedsgericht die Angelegenheiten zwischen Ludwig und den Habsburgern ordnen sollte. Den ersten weiteren Schritt auf diesem Wege that bald darauf Leopold selbst, indem er die Reichskleinodien an den deutschen König auslieferte, ein Erfolg, den letzterer nach dem Berichte eines Chronisten dieser Zeit sehr hoch anschlug²⁾. Dieser Umstand, dass Ludwig, von Arnstadt südwärts ziehend, sich nach Baiern wandte und hier mit Leopold in erfo'greiche Unterhandlungen trat, erklärt uns die Motive seiner plötzlichen Sinnesänderung während seines Aufenthaltes in Arnstadt. Ohne Zweifel zutreffend ist daher die Vermutung (Heidemanns)³⁾, dass die Hoffnung auf Abschluss eines Friedens mit den Habsburgern die Ursache der unerwarteten Rückkehr Ludwigs nach Baiern gewesen sei.

War infolge dieser Rücksichten, welche die Reichspolitik Ludwig auferlegte, dessen persönliche Teilnahme an der Einführung seines Sohnes für den Augenblick und, da neue Schwierigkeiten im Reiche sich gegen ihn erhoben, auch späterhin unmöglich gemacht, so verlor er doch nicht das seinem Hause so vorteilhafte Projekt aus dem Auge und traf Vorkehrungen, um es nicht ins Stocken geraten zu lassen. Er legte deshalb die weitere Ausführung des Unter-

1) Böhmer S. 309, n. 351.

2) Chron. de gest. princ., p. 64.

3) Heidemann a. a. O. S. 121.

nehmens ganz in die Hände Bertholds von Henneberg, der wie kein anderer damals geeignet war, ihn in dieser schwierigen Sache zu ersetzen. Die Wahl gerade dieses Mannes konnte keine glücklichere sein und entsprach durchaus den Bedingungen der augenblicklichen Lage Ludwigs im Reiche; denn Ludwig hatte wohl durch die Mühldorfer Schlacht die Vorrangstellung errungen, aber die feste und sichere Grundlage für seine Macht fehlte noch, solange er sich nicht auf einen leistungsfähigen Hausbesitz stützen konnte. Grössere selbständige militärische Aktionen in der Mark, wie sie eine in sich geschlossene oder auf eigener Kraft beruhende Macht hätte unternehmen können, waren daher von vornherein ausgeschlossen; Ludwig war von Anfang an auf diplomatische Operationen angewiesen. Zu deren glücklichen Fortsetzung bedurfte er deshalb eines gewandten Politikers. Ein solcher war Berthold von Henneberg im vollsten Masse. Wie die meisten war er in der fehde- und streitlustigen Zeit in Kämpfen aufgewachsen, war im Dienste König Albrechts auf dessen Feldzüge nach Böhmen gewesen und hatte an dem allgemeinen Bürgerkriege seit 1314 sich beteiligt; an kriegerischer Tüchtigkeit und Erfahrung konnte es ihm also nicht fehlen. Bedeutender jedoch war seine Begabung und Erfahrung auf dem Felde diplomatischer Thätigkeit. „Ein Staatsmann freilich von neuen, bahnbrechenden Gedanken, mit durchgreifender Willenskraft ist er nicht gewesen; seine Bedeutung liegt vielmehr in seinem klaren und schnellen Überblicken politischer Verhältnisse und in der Befähigung, in dem Zwiespalt widerstrebender Interessen das Gemeinsame zu erkennen und auch anderen zum Bewusstsein zu bringen, also in Eigenschaften, die ihn befähigten, überall als Vermittler des Kompromisses aufzutreten. Einnehmende Beredsamkeit und sein würdevolles Auftreten unterstützten ihn wesentlich bei seinen Vermittlungen. Er war zum Diplomaten im besten Sinne geboren¹⁾“, und daher auch wie kein zweiter zur

1) Heidemann a. a. O. S. 112.

befriedigenden Durchführung der Absichten Ludwigs geeignet. Dieser bestellte ihn am 28. August 1323 zum Verweser der Mark Brandenburg sowie zum Vormunde seines Sohnes und übertrug ihm dessen Einführung in die Mark¹⁾. Berthold wurde dazu mit den ausserordentlichsten Vollmachten ausgestattet, denn es wurde ihm „in allen Stücken Gewalt gegeben, zu thun und zu lassen, was ihn am besten dünke“. Eröffnete Lehen, geistliche und weltliche, sollte er nach freiem Ermessen verleihen können und ebenso befugt sein, im Notfalle sich selbst einen Stellvertreter und Nachfolger zu ernennen. Dieser Abmachung, in der das Verhältnis des neuen Verwesers zu Ludwig festgestellt war, folgte am 23. October die offizielle Beglaubigung Bertholds zu seinem Amte²⁾; an diesem Tage bevollmächtigte Ludwig ihn mit dem Erzbischof Burchard von Magdeburg, den Herzögen Rudolf von Sachsen sowie denen von Pommern und mit Heinrich von Mecklenburg in Unterhandlung zu treten. Es war nötig, ihn öffentlich zu legalisieren, um jeglichen Zweifel der genannten Fürsten an der Rechtmässigkeit der Stellung des neuen Statthalters und etwaigen darauf zu begründenden Weigerungen von vornherein die Berechtigung zu nehmen.

Kurze Zeit darauf schritt Berthold von Henneberg zur Ausführung der ihm zu teil gewordenen Aufgabe, und zwar wählte er zu seiner ersten Operationsbasis die Altmark. Sie stand infolge der schon im Mai (1323) mit dem Herzoge Otto von Braunschweig getroffenen Übereinkunft allein von den grösseren Provinzen offen, da die anderen sich in der Gewalt der Nachbarn befanden. Zusammen mit seinen Söhnen Heinrich und Johann³⁾, von denen ersterer mit einer askanischen Prinzessin verheiratet war⁴⁾, unter-

1) Riedel B, II, 8.

2) Riedel B, II, 9.

3) Von Anfang an scheint die Unterstützung Bertholds durch seine Söhne beschlossene Sache gewesen zu sein; schon die Urkunde vom 28. August 1323 nimmt darauf Bezug. —

4) Riedel B, I, 356.

nahm Berthold die Einführung des jungen Markgrafen in das neue wittelsbachische Reichslehen. Sie berührten auf ihrem Zuge gen Norden zuerst die ihnen befreundete und verbündete Stadt Magdeburg, wo am 13. December (1323) ihre Anwesenheit bezeugt ist¹⁾. Der Aufenthalt diente dazu, der Partei des Markgrafen neue Anhänger zu gewinnen. Doch dauerte er nicht lange. Denn bereits im Januar sehen wir sie auf altmärkischem Boden, in Stendal, wo Ludwig die nächste Zeit nach Eintritt in die Mark zubrachte und auch die meisten aus dem Anfange des Jahres 1324 stammenden Urkunden ausgefertigt wurden²⁾. Die Städte der Altmark, soweit sie zum Wittame der Agnes gehörten, leisteten dem jungen Ludwig wie früher festgesetzt war, sogleich nach seinem Erscheinen die Eventualhuldigung und empfangen dafür von ihm die Bestätigung ihrer Freiheiten und Rechte³⁾. Von Adligen schlossen sich in dieser Zeit ausser den Herren von Alsleben⁴⁾ hauptsächlich die Grafen von Lindow und Ruppin an⁵⁾, die bald eine hervorragende Stellung in der Umgebung des Markgrafen einnahmen. Auch Abgesandte mittelmärkischer Städte trafen in Stendal bei ihm ein. Am 29. Januar versprach er daselbst den Einwohnern der Stadt Brandenburg, alle ihr von seinem Vater verliehenen Privilegien zu bestätigen, wenn er selbst nach Brandenburg kommen würde⁶⁾. Es geschah jedoch noch

1) Vgl. die von Iw. Koch aus dem Kgl. Prov.-Archiv zu Magdeburg entnommene, a. a. O. S. 366 als Beilage abgedruckte Urkunde vom 13. December.

2) Aus Riedel A, VI, 351 ergibt sich, dass schon in Stendal eine eigene Kanzlei für Ludwig eingerichtet wurde. Als Pronotar fungierte darin der Probst Seger von Stendal und als Notar der Priester Hermann von Lüchow; vgl. Heidemann a. a. O. S. 123.

3) Riedel A, XV, 77. Wie mit Stendal, wird es sicherlich mit den meisten übrigen Städten gewesen sein. Bei Seehausen z. B. lässt sich dies, trotzdem uns die Belehnungsurkunde fehlt, durch eine spätere Urkunde vom 12. März 1335 nachweisen. (Riedel A, VI, 351.)

4) Riedel A, III, 362.

5) Heidemann a. a. O. S. 123.

6) Riedel A, IX, 21.

am 2. Februar¹⁾ in Stendal, wo einige Tage später auch Nauen²⁾ und Rathenow³⁾ ihm huldigten. Einen hervorragenden Anteil an diesem günstigen Fortgang des Unternehmens hatte Graf Heinrich von Henneberg, der in der Zeit, in der sich Ludwig noch in der Altmark befand, schon nach der Mittelmark gegangen war und als „capitaneus in territorio Brandenburgensi“ die Statthalterschaft führte⁴⁾. Bald folgte ihm Ludwig dahin nach, wie die Gnaden-erweisungen, das beste Kennzeichen für das allmähliche Fortschreiten der wittelsbachischen Macht, dies zeigen. Berthold hatte sich mit seinem Pfleglinge zunächst nach der Stadt Brandenburg begeben, wo ihre Anwesenheit vom 23. Februar bis 4. März urkundlich bezeugt ist⁵⁾. Die Stadt, die als eine der ersten die Partei Ludwigs ergriffen hatte, wurde natürlich reichlich bedacht und unter Anerkennung ihrer Treue und Ergebenheit mit neuen Privilegien ausgestattet. König Ludwig ging sogar soweit, dass er sie am 26. Juni 1324 für ein unmittelbares Reichslehen erklärte⁶⁾. Gleichzeitig erfolgte auch der Anschluss des Bistums Brandenburg⁷⁾. Es scheint jedoch, als hätten Berthold und sein Mündel noch nicht die Absicht gehabt, dauernd ihren Aufenthalt in der Mittelmark zu nehmen, vielmehr war die benachbarte Uckermark ihr Ziel. Am 18. März waren sie in Schwedt⁸⁾ und bestätigten dort die Rechte von Prenzlau. Einige Zeit darauf finden wir sie in der letztgenannten Stadt selbst anwesend⁹⁾, in der Ludwig dem

1) Riedel A, IX, 22.

2) Riedel A, VII, 309.

3) Riedel A, VII, 412.

4) Riedel A, IX, 21.

5) Riedel A, IX, 26 und A, VIII, 226; es ist wohl nicht anzunehmen, dass sie zwischen beiden Daten Brandenburg verlassen haben.

6) Riedel A, IX, 27.

7) Riedel A, VIII, 226.

8) Riedel A, XXI, 131.

9) Riedel A, XXI, 135. Das nähere Datum fehlt; aller Wahrscheinlichkeit nach ist die Urkunde in die angenommene Zeit zu setzen.

Kloster der Minoriten seine Besitzungen bestätigte. Der Übertritt Prenzlau stand jedenfalls nicht vereinzelt da und fand sicher unter den Städten der Uckermark Nachahmung. Denn der Fall war jetzt eingetreten, den Pasewalk und andere Städte des Landes früher beim Anschlusse an Dänemark-Pommern vorgesehen hatten; die Mark hatte jetzt wieder einen neuen Herrn, und sie hielten sich demnach mit Recht ihrer Verpflichtungen gegen jene entbunden und unterwarfen sich der Herrschaft des Markgrafen Ludwig, dessen Rechte ebenso im Lande über der Oder, das auch unter Pommerns Einfluss gestanden hatte, in dieser Zeit zur Anerkennung gelangt sein müssen; wenigstens hatte sich ihm die Stadt Frankfurt a/O. zugewandt, der König Ludwig im Namen seines Sohnes am 27. Juni (1324) den Frankfurter Oderzoll schenkte¹⁾.

Kaum hatte man jedoch angefangen, auf diesem Wege friedlicher Eroberung von dem Lande Besitz zu nehmen, als schon wieder eine Unterbrechung dadurch eintrat, dass Berthold die Mark für einige Zeit verliess und sich an den Hof des römischen Königs begab. Welche Gründe dieser Reise zu grunde lagen, ist nicht recht klar. Wir könnten vermuten, wenn wir Berthold von Henneberg in der am 22. April 1324²⁾ erfolgten Kundgebung gegen den Papst, in der sogenannten Sachsenhausener Appellation, an erster Stelle als Zeugen verzeichnet sehen, dass es die Reichspolitik gewesen sei, die es dem deutschen Könige wünschenswert erscheinen liess, den altbewährten Ratgeber zu sich zu rufen, um mit ihm in persönlichem Gedankenaustausch zu stehen und über die gespannten politischen Verhältnisse und die näheren Schritte gegen den Papst zu beraten. Allein diese Anteilnahme Bertholds an der Reichspolitik war nur eine zufällige, keine von vornherein beabsichtigte. Was ihn dagegen zur

1) Riedel A, XXIII, 21.

2) Lindner a. a. O. I, 330; Böhmer S. 42 legt sie auf den 22. Mai. Siehe darüber noch Preger Die Anfänge etc. 122 ff.

direkten Besprechung mit Ludwig veranlasste, waren vielmehr die märkischen und aller Wahrscheinlichkeit nach seine eigenen persönlichen Verhältnisse, die dabei in Frage kamen. Berthold scheint nämlich seines Amtes müde geworden zu sein und sich mit dem Plane getragen zu haben, den König um Enthebung von seinem Posten zu bitten. Dieser willfahrte seinem Wunsche, wenigstens für die Zukunft; denn Ludwig gestattete Berthold, wenn er sich der Aufgabe eines Verwesers der Mark nicht mehr unterziehen wolle oder ausser Stande dazu sei, die Pflege einem andern zu übertragen¹⁾. Für den Augenblick aber liess sich Berthold noch einmal bereit finden, das von ihm angefangene Werk fortzusetzen, nachdem ihm Ludwig am 3. August (1324)²⁾ für seine Dienste in der Mark Brandenburg und Dänemark mit „drithalbtusent phunt Heller“ auf die Mitgift der Prinzessin von Dänemark angewiesen hatte. Noch in demselben Monate begab sich Berthold nach dem Schauplatze seiner alten Wirksamkeit zurück, wo wir ihn am 22. August³⁾ in Stendal wieder in der Umgebung des jungen Markgrafen finden, der sich hier während der Abwesenheit seines Vormundes aufgehalten hatte. Die bisherige Unthätigkeit wich nun einer regen und zugleich erfolgreichen Thätigkeit. Für Stendal wählte man jetzt das im Centrum des Landes gelegene Berlin als dauernden Aufenthaltsort; von hier aus gingen die einzelnen Verbindungsfäden zu den verschiedenen Gebieten des Landes, in denen der wittelsbachische Einfluss von Tag zu Tag zunahm. Die zahlreich in dieser Zeit erfolgten Verleihungen von Rechten und sonstigen Vergünstigungen betreffen grösstenteils die Mittelmark, Neumark sowie Niederlausitz⁴⁾ und zeigen uns teilweise, dass selbst Widerwillige⁵⁾

1) Riedel B, II, 16.

2) Riedel B, II, 17.

3) Riedel A, IX, 25.

4) Riedel A, XX, 135; A, XXIV, 357; A, XIX, 186; A, XXI, 133; A, XII, 416; A, XIII, 242; B, II, 20.

5) Vgl. Heidemann a. a. O. S. 131.

unter dem Drucke der neuen Verhältnisse sich diesen anbequemen mussten. Dass dies nicht in allen Fällen auf friedliche Weise erreicht werden konnte und daneben auch häufiger ein militärisches Eingreifen geboten war, kann nicht verwundern. Weit weniger richtete sich dasselbe gegen die Städte als die Ritterschaft des Landes. Der kriegerische Sinn war dem Ritterstum der Mark geblieben, seitdem es zum ersten Male in diesen Gebieten als Grenzwacht dem eben eingenommenen Lande zum Schutz diente, aber dem Landesherrn gegenüber war es aus seiner Stellung, dem streng militärischen Dienstverhältnisse, wie es zuerst bestanden hatte, herausgewachsen und schon unter den letzten Askaniern zu immer grösserer Selbständigkeit gelangt. Die einzelnen Vasallengeschlechter waren zu Faktoren von fast gleicher Bedeutung wie die kleineren Landesgewalten geworden. Die Zeit der darauffolgenden Anarchie war dieser Entwicklung ungemein förderlich gewesen. In ihren festen Burgen hinter starken Mauern sitzend, hatten gerade sie am wenigsten unter den Drangsalen dieser Zeit zu leiden gehabt. Es war der Zustand oder doch die Anfänge dazu, wie wir ihn drei Generationen später in ungleich grösserem Massstabe wiederkehren sehen. Natürlich war bei diesem Rittersume im allgemeinen das Verlangen nach Wiederkehr geregelter Zustände nicht so gross, als bei den Bewohnern der Städte, deren friedliche Thätigkeit im Handel und Wandel nur unter diesen Verhältnissen gedeihen konnte. Die Leitung der militärischen Operationen scheint nun Berthold von Henneberg nicht selbst übernommen zu haben, an seiner Statt sehen wir vielmehr den tapferen Grafen Heinrich IX. von Schwarzburg, den Vormund des Markgrafen Friedrich von Meissen. Der Feldzug, über dessen Einzelheiten wir nichts Näheres wissen, bestand, wie es unter den eben geschilderten Verhältnissen nicht anders zu erwarten war, in Belagerung und Eroberung einzelner Burgen. Die Beseitigung dieser die Ruhe des Landes gefährdenden Plätze war die Aufgabe Heinrichs von Schwarzburg. Leider fand der

tapfere Mann dabei selbst seinen Tod, da er Anfang November bei der Belagerung einer Burg durch einen Pfeilschuss getötet wurde¹⁾.

So standen die Angelegenheiten des jungen Markgrafen zu Ende des Jahres 1324. Die Besitznahme der einzelnen märkischen Gebiete hatte vornehmlich die Thätigkeit des Verwesers der Mark und seiner Helfer bei diesem Unternehmen in Anspruch genommen. Allein Hand in Hand damit waren gleichzeitig diplomatische Unterhandlungen gepflogen, welche die noch mit den Nachbarfürsten bestehenden Schwierigkeiten beseitigen sollten. Es war natürlich, dass Berthold von Henneberg für die Lösung der schwebenden Fragen die eingeleitete Verbindung mit Dänemark wieder anknüpfte und die Heiratsangelegenheit wieder in die Hand nahm. Seine Bemühungen führten zu dem Ergebnis, dass König Christoph von Dänemark am 5. März 1324 versprach²⁾, in den ersten acht Tagen nach dem nächsten Johannisfeste seine Tochter nach Niköping zu bringen, um sie dort mit Markgraf Ludwig zu vermählen. Falls die Prinzessin durch Krankheit verhindert sei zu erscheinen, sollte die Hochzeit innerhalb sechs Wochen nach der Genesung stattfinden. Aber auch aus dieser Verabredung wurde nichts; vielleicht mag der in der Urkunde vorgesehene Fall eingetreten sein; jedenfalls verzögerte sich die Vermählung und wurde erst am Ende des Jahres vollzogen³⁾. Von deutscher Seite rüstete

1) Vgl. Chron. Sampetr. ad a. 1326 (Geschichtsquellen der Prov. Sachsen I, 165): Eodem anno (zu verändern in 1324) Henricus comes de Schwarzburg veniens cum exercitu in Marchiam ante quoddam castrum, ictu sagitte a tergo est hostiliter interfectus. Vgl. darüber noch Heidemann a. a. O. S. 122 und 131).

2) Riedel B, II, 13. Über die Verhältnisse siehe v. Domarus Die Beziehungen der deutschen Könige etc. Hall. Diss. 1891.

3) Peter v. Königssaal a. a. O. zum Jahre 1323 setzt die Vermählung unrichtiger Weise ins Jahr 1323; Schultes Zweifel aber (Diplomat. Gesch. des gräfl. Hauses Henneberg II, S. 29), dass sie überhaupt nicht vollzogen sei, ist unbegründet; dem gegenüber stehen zahlreiche und zuverlässige Zeugnisse, die übereinstimmend dies Faktum berichten und speciell auch die Zeit näher bestimmen lassen.

man sich mit Eifer zu diesem Tage. König Ludwig wandte sich am 25. Juli an die Stadt Lübeck und bat sie um Geld und Hochzeitsgewänder zur bevorstehenden Vermählung seines Sohnes¹⁾. Für etwaige Verhandlungen hierbei beglaubigte er Berthold von Henneberg. Dieser traf denn am 30. November mit seinem Pflegling in Lübeck ein²⁾, um von dort die Reise nach Dänemark anzutreten. In Wordingborg, der Residenz des Königs, wurde um Mitte December im Beisein vieler auswärtigen Fürsten diese Ehe geschlossen, die dem wittelsbachischen Einfluss im Norden einen starken Rückhalt sicherte.

Gleich noch in Wordingborg selbst machte sich der Einfluss dieser Verbindung mit Dänemark zu Gunsten der Mark geltend. Berthold von Henneberg war nämlich schon früher der Instruktion König Ludwigs gemäss mit Heinrich von Mecklenburg in Unterhandlung getreten, um die Zwistigkeiten zwischen Mecklenburg und Brandenburg beizulegen. Sie betrafen die Priegnitz und die drei Voigteien Liebenwalde, Stolp und Jagow. Die Ungunst der augenblicklichen Verhältnisse hatte den sonst so kriegerisch gesinnten Fürsten bestimmt, auf die Vorschläge einer friedlichen Beilegung der Streitigkeiten einzugehen. Am 5. October (1324) unterwarf er sich wegen seiner Streitigkeiten mit dem Grafen Berthold von Henneberg als Vormund des Markgrafen Ludwig hinsichtlich der Voigteien dem schiedsrichterlichen Urteile des Königs von Dänemark; der andere Streitpunkt, die Priegnitz betreffend, wurde unter beiderseitiger Einwilligung den Rittern und Städten dieses Landes zur Entscheidung überlassen³⁾. Am 27. December, gleich nach der Vermählungsfeier, bei der Heinrich von Mecklenburg selbst als Gast zugegen gewesen war⁴⁾, erfolgte die Entscheidung des Dänenkönigs⁵⁾. Das

1) Riedel B, VI, 56.

2) Detmar a. a. O. S. 448.

3) Riedel B, II, 19.

4) Detmar a. a. O. S. 448.

5) Riedel B, II, 21 und 29.

Urteil fiel, wie nicht anders zu erwarten war, zu Ungunsten Heinrichs aus, der trotz wiederholter Mahnung das Recht seiner Ansprüche nicht nachweisen konnte. Heinrich fügte sich dem Spruche nicht, sondern reiste sofort nach Hause und wandte sich dann mit der Bitte um Belehnung mit der Mark und ihren Teilen an den Papst, den erbitterten Gegner Ludwigs und seines Sohnes. Die Feindschaft desselben, im Vertrauen zu der er soeben in einer ähnlichen Sache, die die Stellung der uckermärkischen¹⁾ Städte betraf, die Entscheidung des Papstes angerufen hatte, liess ihn hoffen, dass derselbe seinem Anliegen sich nicht versagen würde. Allein Heinrich von Mecklenburg täuschte sich dies Mal; denn Johann XXII. war vorsichtig genug, sich nicht gleich in so weitem Masse für einen Fürsten zu engagieren, dessen Anrecht auf die Mark ohne Berechtigung, auf Teile derselben mindestens zweifelhaft waren, dessen Macht aber vor allem nicht gross genug erschien, um sich seiner im Kampfe gegen den deutschen König erfolgreich bedienen zu können. Heinrichs Bitte liess also der Papst unerfüllt, und es blieb ihm nach diesem Misserfolge demnach nichts anderes übrig, als auf die erneuten friedlichen Vorschläge Bertholds einzugehen, der sofort nach seiner Rückkehr aus Dänemark die Versuche zur Regelung der Streitfragen wieder aufgenommen hatte³⁾. Berthold selbst führte sie jedoch nicht zu Ende, da er die Mark alsbald verliess und sich an den Hof des Königs begab, wo die Reichsgeschäfte über zwei Jahre seine Thätigkeit in Anspruch nahmen. An seine Stelle traten die Grafen Ulrich und Günther von Lindow⁴⁾. Sie hatten sich dem Markgrafen

1) Vgl. Vatikan. Akten zur deutschen Gesch. in der Zeit Kaiser Ludwigs v. Baiern, hrsg. von der hist. Commission S. 202, n. 432.

2) In dem Antwortschreiben lautete es: cum nobis (dem Papste) non constet, quid et qualiter obtines in marchionatu predicto. Riedel B, II, 23.

3) Detmar a. a. O. S. 449.

4) Eine Bestallungsurkunde wurde nicht besonders für sie ausgestellt, „denn noch hörte Berthold v. Henneberg nicht auf Verweser des Landes und Vormund des Markgrafen zu sein,“ seine Rechte als Pfleger bestanden nominell fort. (Heidemann a. a. O. S. 138.) vgl. Lippert Markgraf Ludwig u. s. w. a. a. O. S. 564 f.

Ludwig sogleich nach seinem Erscheinen in dem neuen Kurlande angeschlossen, und waren beide fähige Leute, die wohl geeignet waren, in derselben geschickten Weise wie Berthold auf dem eingeschlagenen Wege fortzufahren. Beide brachten noch im Jahre 1325 den Ausgleich zustande, der nicht nur die Regelung der die drei Voigteien betreffenden Verhältnisse, sondern alle sonstigen Streitigkeiten zum Gegenstande hatte und beilegte. Am wenigsten Schwierigkeiten bot die Einigung über die beiderseitigen Ansprüche auf die Priegnitz, die als Pfand in Heinrichs Hände übergegangen war. Das Rechtsverhältnis war klar, da die Einlösung des Landes für diese Summe ihm jegliches weitere Recht auf dessen ferneren Besitz nahm. Wenn Differenzen bestanden hatten, so lag dies daran, dass man uneinig darüber war, in welcher Weise und unter welchen Bedingungen diese Summe entrichtet werden sollte; denn Heinrich von Mecklenburg hatte selbst wieder in der Zwischenzeit Teile des Landes verpfändet und daher keinen Anspruch mehr auf Empfang der ganzen Geldsumme; ausserdem aber kamen noch Fragen über Schadenersatz und dergl. in Betracht¹⁾. Die Entscheidung über diese Streitpunkte war den Mannen und Städten des Landes selbst überlassen worden, die am 2. Februar (1325) ihren Spruch fällten²⁾, auf Grund dessen dann am 24. Mai³⁾ beide Parteien, die brandenburgische und mecklenburgische, die Einigung hierüber zustande brachten, der einige Zeit später, am 3. Juni, der Vergleich hinsichtlich der drei Voigteien folgte⁴⁾. Das Endergebniss war, dass Heinrich von Mecklenburg gegen eine Entschädigung von 8000 Mark auf die Priegnitz und gegen 20000 Mark auf die drei Voigteien verzichtete und sie an Markgraf Ludwig abtrat. Zur Auf-

1) v. Kröcher a. a. O. I, 231 ff.

2) Riedel A, II, 268.

3) Riedel A, II, 265.

4) Riedel B, II, 25. Heidemann a. a. O. S. 139 führt als Gesamtsumme 32,300 M. an, allein in Wirklichkeit betrug sie nach den Abmachungen nur 28000 M.

bringung dieser Summe war dieser jedoch nicht befähigt, er erteilte daher dem Mecklenburger eine Anweisung auf die Mitgift seiner Gemahlin und überliess bis zur vollständigen Abzahlung der festgesetzten Summen die Voigteien und von der Priegnitz die Ortschaften Grabow und Meyenburg als Pfand in Heinrichs Händen. War aber auch Ludwig somit nicht in den wirklichen Besitz des gesamten, früher von Mecklenburg besetzt gehaltenen Landes gekommen, so blieb der Erfolg dennoch bedeutend genug. Er hatte wenigstens einen Teil erhalten, und vor allem waren die Streitigkeiten mit Mecklenburg zu Ende, was um so höher anzuschlagen war, je ungünstiger und langwieriger sich die Verhandlungen mit Pommern gestalteten.

Wir hatten früher gesehen, dass die pommerschen Herzöge während der märkischen Anarchie sich der Uckermark und Neumark, wenigstens zum Teil, bemächtigt hatten. Der Kampf, den sie um diese Gebiete mit Heinrich von Mecklenburg und Rudolf von Sachsen geführt hatten, kam zum Stillstande und einigte sogar die bisher getrennten Gegner¹⁾, als ihnen im deutschen König ein Feind entstand, der sie alle gleichmässig bedrohte. Durch die Pläne Ludwigs von Baiern sahen sich auch die Herzöge von Pommern bedroht, weniger weil ihnen jetzt der Anteil an der Beute entrissen werden sollte, als vielmehr, weil Ludwig sich nicht mehr geneigt zeigte, ihnen die Lehnsunabhängigkeit von Brandenburg zuzugestehen; hatte er doch seinen Sohn ausser mit der Mark zugleich cum ducatibus Stetinensi et Demminensi belehnt. Diese Frage war von grosser politischer Bedeutung für die Zukunft und daher nicht so leicht zu erledigen, wie die Regelung der Grenzstreitigkeiten. Die Stimmung der Landesbewohner, die sich dem jungen Markgrafen geneigt zeigten, entschied diese im grossen und ganzen zu Gunsten des neuen Herrn, der bereits zu Anfang des Jahres 1324 in der Uckermark Regierungshandlungen

1) Riedel A, XIII, 321.

ausübte¹⁾. Die Pommernherzöge verspürten dieser Wendung der Dinge gegenüber keine besondere Neigung zum Widerstande, wenigstens haben wir keine Spuren davon, dass dies geschehen wäre. Die von ihnen besetzt gehaltenen Gebiete gingen vielmehr ohne nennenswerten Widerspruch an die Mark über, nur ihre Ansprüche auf die Landschaft Lippehne, die auf der Grenzscheide zwischen Pommern und der Neumark lag und einen Teil der letzteren bildete, hielten sie aufrecht. Unterstützt wurden sie darin durch das Bistum Kammin, das den askanischen Markgrafen früher jenes Gebiet verkauft hatte²⁾ und unter Zustimmung der Herzöge seine Anrechte darauf jetzt geltend machte, da es „eme weder an ghestorven se“. Doch war dieser Streitpunkt nur untergeordneter Natur; principielle Bedeutung dagegen und den Anlass zu langwierigen Streitigkeiten bot die Lösung des pommerschen Lehnungsverhältnisses zu Brandenburg. Die Herzöge wollten davon nichts wissen und leisteten dem Gebote des deutschen Königs, seinen Sohn als ihren Herrn zu betrachten und ihm den Lehnseid zu schwören, nicht ohne weiteres Folge. Gemäss dem Auftrage König Ludwigs, auch mit den Herzögen von Stettin zu unterhandeln, hatte Berthold von Henneberg die friedliche Auseinandersetzung mit ihnen angebahnt, und zwar sollte, wie bei Mecklenburg, König Christoph von Dänemark das Schiedsrichteramt ausüben. Auf Bertholds Veranlassung hin übernahm es ferner Heinrich von Mecklenburg am 5. October 1324, die Herzöge Otto und Wratislav zu bewegen, die zwischen Brandenburg und Pommern bestehenden Zwistigkeiten dem schiedsrichterlichen Urtheile des Dänenkönigs zu überlassen³⁾. Letzterer, der übrigens mit den Herzögen von Pommern im Bündnis stand⁴⁾,

1) Siehe früher Seite 59.

2) Riedel B, II, 36.

3) Riedel B, II, 19.

4) Meckl. Urkdb. B. VII, 199, n. 4540, wo in dem Bündnis König Ludwig und sein Sohn ausgenommen werden.

übernahm die undankbare Aufgabe des Friedensstifters¹⁾, aber mit demselben ungünstigen Erfolge wie später im Juni 1325 Heinrich von Mecklenburg und Günther von Lindow, Bertholds Nachfolger²⁾. Die diplomatischen Unterhandlungen waren eben wenig geeignet, greifbare Erfolge zu erzielen, solange man nicht im stande war, ihnen durch die Waffen den gehörigen Nachdruck zu verleihen. Andererseits aber war es ein Glück für Brandenburg, dass auch die Pommernherzöge damals ihre Streitkräfte nicht zu grösseren aggressiven Vorstössen gegen Brandenburg benutzen konnten. Am 18. Juni 1325 hatten sie noch zu Nakel einen Bund mit dem Könige Wladislaw Lokietek von Polen geschlossen, nach dessen Bestimmungen alle Eroberungen brandenburgischen Gebietes westlich der Drage an Pommern, östlich davon an Polen fallen sollten³⁾. Die drohende Verbindung hatte jedoch nur formelle Bedeutung und blieb ohne nachteilige Folgen für die Mark, da die Rücksichtnahme auf den deutschen Orden, der übrigens bei seinen beständigen Zwistigkeiten mit Polen zu Brandenburg als seinem natürlichen Bundesgenossen in freundschaftlichen Beziehungen stand⁴⁾, Wartislaw von Pommern veranlasste, von einem gemeinsamen Vorgehen mit dem Polenkönige abzustehen⁵⁾. Selbst die Bemühungen des Papstes, der in Aufmunterungsschreiben die Herzöge zum Widerstande gegen den jungen Markgrafen aufforderte⁶⁾, vermochten an

1) Diese Thatsache erhellt aus des Markgrafen Revers vom 13. August 1325, (Riedel. B. II, 27), in dem die Rede ist von dem durch König Christian beiden Parteien vorgeschlagenen Vergleiche.

2) Riedel B, II, 25.

3) Schöttgen und Kreyssig: *Diplomatarium et scriptores* III, 31, n. 52; vgl. Caro *Gesch. von Polen* II, 115; Heidemann a. a. O. S. 140 f.

4) Am 25. August 1326 (Riedel B, II, 31) wird der Hochmeister von Preussen als Schiedsrichter zwischen Pommern und Brandenburg genannt; vgl. ferner Preger: *Abhdlgen. d. kgl. bair. Akad.* XVII, 254, n. 423.

5) Caro a. a. O. II, 115.

6) Böhmer S. 218, n. 43.

dieser Sachlage nichts zu ändern, vor allem deshalb nicht, weil inzwischen die Macht der Pommernherzöge durch den im November 1325 erfolgten Tod des kinderlosen Fürsten Witzlaw III. von Rügen¹⁾ anderweitig in Anspruch genommen wurde. Das nächste Anrecht besass nämlich auf Grund einer Erbverbrüderung Herzog Wartislaw von Pommern-Wolgast, der nun sogleich auf die Erwerbung des an ihn gefallenen Landes sein Augenmerk richtete und am 22. Mai 1326 von König Christoph von Dänemark als Oberlehnsherrn mit dem Lande belehnt wurde²⁾. Ehe jedoch die Verhältnisse geregelt waren, trat ein neues Ereignis ein, das noch mehr diese Verwirrung steigerte. Denn gerade zu dieser Zeit starb Wartislaw selbst am 1. August zu Stralsund und hinterliess sein Land unmündigen Söhnen³⁾, denen es die Nachbarn, hauptsächlich Heinrich von Mecklenburg und die Herren von Werle, in dem darauf entbrennenden sogenannten rügischen Erbfolgestreite zu entreissen suchten. Der Einfluss dieser Wirren blieb nicht ohne günstige Folgen für die Gestaltung der märkischen Verhältnisse. Ihnen zunächst muss man es zuschreiben, dass weder die Herzöge von Pommern zur Erlangung ihrer Lehnsunabhängigkeit entscheidende Schritte unternehmen konnten, noch Heinrich von Mecklenburg die Zeit fand, seine früher erhobenen Ansprüche auf die Voigteien und die Priegnitz wiederaufleben zu lassen, was sicherlich geschehen wäre, wenn nicht der rügische Erbfolgestreit ihn längere Zeit hindurch beschäftigt hätte. Denn kaum war Heinrich von diesen Händeln wieder frei geworden, da traten seine Bestrebungen gegen Brandenburg wieder in den Vordergrund⁴⁾. Freilich blieben sie ergebnislos, da auch ihn der Tod darüber am 21. Januar 1329 ereilte⁵⁾.

1) Detmar a. a. O. S. 451 zum Jahre 1325.

2) Heidemann a. a. O. S. 141.

3) Wartislaw starb nach Detmar a. a. O. S. 455 am 1. August „by sunte Peters daghe in der arne“.

4) Fischer Heinrich von Mecklenburg a. a. O. 39 f.

5) Detmar a. a. O. 460.

In dieser Zeit der rügischen Wirren im Norden, welche die Thätigkeit der Fürsten von Mecklenburg und Pommern in Anspruch nahmen und ihr Interesse von der Mark ablenkten, wurde diese, und zwar für immer, von einem andern Gegner befreit, der so viel zu ihr Beunruhigung beigetragen hatte, vom Erzbischof Burchard von Magdeburg. Obwohl König Ludwig von Baiern sich auf friedlichem Wege mit ihm zu verständigen suchte, gelang es ihm nicht; selbst auf dessen dringendste Mahnungen, seinen Sohn mit den von der Magdeburger Kirche beanspruchten Besitzungen zu belehnen, zögerte Burchard und erklärte, er werde dem Papste die Angelegenheit über diese Lehen anheim geben¹⁾. Nichts war natürlicher, als dass der Papst, nachdem er schon früher in ebenderselben Lehnsangelegenheit zu Gunsten des Erzbischofs gegen Rudolf von Sachsen sowie den Bischof und das Kapitel von Brandenburg entschieden hatte²⁾, auch jetzt wieder auf das erneute Ansuchen Burchards hin für ihn Partei nahm. Er forderte deshalb in einem Schreiben vom 6. November 1323 die Bischöfe von Hildesheim und Ratzeburg und den Abt Peter von Erfurt auf, den Erzbischof in seinen Rechten gegen die Lehnsansprüche Ludwigs zu schützen. Das Oberhaupt der Kirche nahm in der Bulle zunächst seinen früheren Standpunkt wieder ein. Wie damals, wollte auch jetzt der Papst dem Erzbischof behilflich sein in dessen Bemühungen, die der magdeburgischen Kirche entfremdeten Güter wieder zurückzugewinnen. Aber gleichzeitig bot sich ihm in dieser Angelegenheit eine Handhabe, seinen feindseligen Gesinnungen gegen Ludwig Ausdruck zu geben. Der heftige Streit, der zwischen dem Oberhaupt des Reiches und der Kirche Anfang October vor aller Welt verkündigt war, schlug zum ersten Male einzelne Wellen nach der Mark, um bald noch mächtigere zum Unheile des Landes folgen zu lassen. Es war das Verhängnis der Mark, wie vorher unter den Rückwirkungen des Kampfes um die Reichskrone

1) Vatikan. Akten zur Gesch. u. s. w. a. a. O. S. 169, n. 337.

2) Siehe früher S. 23.

so jetzt unter dem Zwiste des deutschen Königs mit dem Papste zu leiden, durch dessen Massnahmen sie in die grösste Unruhe versetzt wurde. Bereits am 8. October¹⁾ hatte Johann XXII. seinen ersten Process gegen Ludwig erlassen. Das Schriftstück wurde an die Kirchenthür von Avignon angeschlagen und an alle Bischöfe zur Verkündigung in ihren Sprengeln und an Könige und Fürsten gesendet. Unter anderem wurde gegen Ludwig der Vorwurf erhoben, unberechtigterweise die Rechte des Regnums und Imperiums ausgeübt zu haben, indem er Lehnseide entgegengenommen und die Mark Brandenburg seinem Erstgeborenen übergeben habe²⁾. Allen Personen geistlichen und weltlichen Standes wurde unter Androhung schwerer Strafen, von Bann und Interdikt, untersagt, Ludwig noch fernerhin beizustehen. Johanns Hoffnungen gingen jedoch nicht ganz in Erfüllung. Die angedrohten Strafe für diejenigen, die Ludwig weiter Beistand leisten würden, verfehlten hinsichtlich der weltlichen Fürsten und Laien ihre Wirkung. Der Papst sah sich deshalb, als er am 23. März 1324 Ludwig in den Bann that, genötigt, unter Erlass der bereits verdienten Strafen die Androhung derselben für weiteren Ungehorsam gegen seine Gebote zu erneuern. Gerade der neuen wittelsbachischen Erwerbung wendete er seine volle Aufmerksamkeit zu, um jeglichen Machtzuwachs des von ihm tödtlich gehassten Gegners zu verhindern. Auch war sich

1) Böhmer S. 215, n. 14.

2) Riedel B, II, 9 hat wie Raynald: Annal. eccles. § 30 „de marchionatu Brandenburgensi“ im Gegensatze zu Martene: Thesaurus anecdotorum novus 2, 644 „de marchionatu Magdeburgensi“. Letzteres ist jedenfalls die richtigere Lesart; denn in der Sachsenhausener Appellation erklärte Ludwig, dass der Papst ihm zum Vorwurf mache: quod nos Marchionatum Brandenburgensem, quem Magdeburgensem nominat (sc. Papst) contulimus (filio nostro). Diese Bezeichnung verrät jedoch keineswegs, wie Riezler II, 351 annimmt, eine grobe Unkenntnis der Kurie in deutschen Dingen, sondern enthält vielmehr einen wohlüberlegten Angriff auf Ludwig; vgl. Heidemann Recension von Riezlers Gesch. Baierns in Sybels hist. Zeitschrift B. 46, 535 f.

Johann dessen genau bewusst und hat es später selbst ausgesprochen, wie notwendig sich das Vorgehen gegen Brandenburg aus dem gegen Ludwig einmal eingeschlagenen Verfahren ergab. Denn gelang es Ludwig, inbezug auf die Mark Brandenburg seinen Wunsch zu erfüllen, ohne dass Johann sich ihm dabei entgegenstellte, so entsprang ihm daraus ein allgemeines Präjudiz auf das regnum und imperium¹⁾. Dieser Umstand bestimmte Johann, alle Mittel gegen Ludwig, „den öffentlichen und notorischen Übelthäter, den Feind Gottes und der Kirche und den verstockten Übelthäter“, sowie gegen dessen Erstgebornen in Bewegung zu setzen.

In der Wahl derselben zeigte er sich nicht gerade sehr wählerisch. Er suchte die Vasallen und Gemeinden der Markgrafschaft zum Abfall von dem jungen Markgrafen zu bewegen²⁾, rief benachbarte Fürsten³⁾ zum Widerstand auf und knüpfte auch mit Lokietek von Polen Verbindungen an⁴⁾, um ihn zu Einfällen in die Mark zu bewegen. Der Polenkönig folgte dem Rufe des geistlichen Vaters, mit dessen Zustimmung er im Jahre 1324 die polnische Krone angenommen hatte, und suchte die Mark und deren einzelne Länder in entsetzlicher Weise heim. Mit Eifer hatte sich die Geistlichkeit des Unternehmens gegen Brandenburg bemächtigt und durch eine lebhafte Agitation unter dem Volke den Fanatismus entzündet. In den Kirchen selbst wurde die Bannbulle des Papstes öffentlich verkündet⁵⁾, der Ludwig und dessen Anhänger als Ungläubige hingestellt und sie als solche zu bekämpfen befohlen hatte. Kein Wunder daher, dass diese wilden Horden, mit deren natürlicher Rohheit und Zerstörungswut sich jetzt der Fanatismus für die Religion vereinigte, in einem furchtbaren Raubzuge über das Land dahinbrausten⁶⁾. Raubend und plündernd drangen diese

1) Preger a. a. O. XVII, 284, n. 507.

2) Böhmer S. 218, n. 42.

3) Ebendort n. 43.

4) Caro a. a. O. II, 113 ff.

5) Caro a. a. O. II, 116. Anm. 3.

6) Die Zeit des Einfalls der Polen und Lithauer in die Mark setzt

polnischen Scharen, durch lithauische verstärkt, zu Anfang des Jahres 1326 in die Mark ein und verübten hier entsetzliche Greuel. Nichts blieb von ihnen verschont; Kirchen, Klöster und Schlösser wurden in Asche gelegt und ihre Bewohner entweder getötet oder als Gefangene weggeführt.

Die Kunde von diesen entsetzlichen Thaten steigerte nur noch die Erbitterung im Lande. Vornehmlich gegen die zum grössten Teile¹⁾ päpstlich gesinnte Geistlichkeit richtete sich der Hass und Unwille der Bewohner. Die päpstlichen Erlasse hatten im Lande grosse Verwirrung hervorgerufen, aber dennoch nicht die Wirkung gehabt, das Volk von der Partei der Wittelsbacher abwendig zu machen. Die von der Geistlichkeit ausgehenden kirchlichen Massregeln und die Bemühungen des Papstes selbst, der unter anderem an die Bürger von Brandenburg²⁾ eine Bulle erlassen hatte, um sie gegen Ludwig und seinen Sohn aufzuwiegeln, führten nur dazu, das Volk noch aufrührerischer zu machen. In dieser allgemeinen Erregung blieben daher bedauerliche Excesse nicht aus, wofür die Ermordung des Propstes Niko-

auch Heidemann im Anschluss an v. Klöden ins Jahr 1325. Letzterer stützte sich dabei in seinem besonderen Exkurse über diese Frage besonders auf Raynaldus, der eine Idibus Julii 1325 datierte Bulle des Papstes mit dem barbarischen Streifzuge in Verbindung bringt (Annal. eccles. XV, S. 299; Theiner Monum. hist. Poloniae I, 215, n. 335). Auch Böhmer S. 217, n. 38 folgt hierin Raynaldus. Allein diese Urkunde steht, wie schon Caro a. a. O. S. 113 richtig bemerkt, keineswegs mit dem Poleneinfalle in Zusammenhang. Die bei Theiner kurz vorher stehende Urkunde (I, 215, n. 334) lässt uns vielmehr denken an die Kämpfe Wladislaws v. Polen mit seinen östlichen heidnischen Nachbarn. Im übrigen giebt auch Raynaldus (XV, S. 312) selbst erst zum Jahre 1326 eine genaue Schilderung des Poleneinfalls. Ausserdem haben wir für dieses Ereigniss die Berichte von zwei völlig von einander unabhängigen gleichzeitigen Chronisten, die es beide übereinstimmend in den Anfang des Jahres 1326 verlegen. Es sind dies Detmar a. a. O. S. 454 und Abt Peter von Königssaal a. a. O. ad a. 1326.

1) Von der Geistlichkeit der Mark hielt allein das Bistum Brandenburg treu zum Markgrafen; vgl. Preger a. a. O. XVI, S. 280, n. 190.

2) Raynald Annal. eccl. a. a. 1325, XV, 299.

laus von Bernau im Sommer 1325 zu Berlin als ein Symptom dieser Art gelten kann. Dieser, ein getreuer Anhänger Herzog Rudolfs von Sachsen, kam nach Berlin und riet auf Grund des apostolischen Schreibens über die Nichtigkeit der Übertragung der Markgrafschaft durch Ludwig von Baiern den Konsuln und Bürgern der wittelsbachisch gesinnten Städte Berlin und Köln, dem jungen Ludwig als Markgrafen nicht zu gehorchen. Aber die aufgebracht und erbitterten Leute stürzten sich ergrimmt auf ihn, erschlugen ihn mit Knütteln und verbrannten seine Leiche¹⁾.

Wie weit die Erbitterung bereits gekommen war, zeigt diese Handlung der Bürger von Berlin-Köln. Sie blieb jedoch nicht die einzige, von der uns Nachrichten erhalten sind. Bald darauf ereilte den Erzbischof Burchard von Magdeburg ein ähnliches Schicksal. Die Parteinahme des Papstes und dessen Aufforderung an die genannten Geistlichen vermochte in nichts seine Stellung in der märkischen Angelegenheit zu verbessern. Der Eifer, mit dem er die Verbreitung und Verkündigung der päpstlichen Schritte in seiner Diöcese betrieb, und die schroffen und harten Massregeln des Bannes und Interdiktes, mit denen er seine eigene Erzbischöfsstadt, sowie Halle, Kalbe, Barby und Rosenberg an der Saale belegt hatte, verstärkten nur die Abneigung gegen ihn und weckten neue Sympathien für den jungen Markgrafen²⁾. In der Hinneigung zu diesem und gleichzeitig zum Kampfe gegen Burchard vereinigten sich ausserdem noch viele Adlige des Landes. Bereits am 13. December 1323 war zwischen Markgraf Ludwig, der damals auf seinem Zuge nach der Mark in Magdeburg³⁾ einige Zeit verweilte, daselbst ein Bündnis mit dem Grafen von Barby abgeschlossen, dem sicherlich die gleich zu Anhang des nächsten Jahres im Dienste Ludwigs thätigen Edel-

1) Darstellung des Hergangs siehe Vatic. Acten u. s. w. a. a. O. S. 244, n. 557.

2) Iwan Koch a. a. O. S. 338 ff.

3) Siehe früher Seite 58.

leute aus den Gegenden des Harzes sich angeschlossen haben werden¹⁾. Es waren dies die Herren von Hadmersleben, die Grafen Heinrich von Hohnstein, Burchard von Mansfeld, Konrad von Wernigerode, Albrecht von Regenstein und andere. An der Fehde, die sogleich entbrannte, nahm auch Herzog Otto von Braunschweig teil²⁾, dessen Streit mit Burchard von Magdeburg wohl ununterbrochen gewährt hatte. Allen diesen Gegnern, die sich teilweise noch in besonderen Bündnissen gegenseitig verpflichteten³⁾, war der Erzbischof nicht gewachsen. Er wurde von ihnen hart bedrängt und erklärte sich zum Ausgleich bereit, in den seine Gegner infolge der Bitten und Ermahnungen des heiligen Vaters⁴⁾ einwilligten, nachdem ihnen ihre hauptsächlichsten Forderungen bewilligt waren⁵⁾. Das Domkapitel zu Magdeburg gab diesem Übereinkommen vom 13. October 1324 ebenfalls seine Zustimmung⁶⁾. Doch war der Friede nur ein Waffenstillstand. Die im Vertrage festgesetzten Bedingungen führten zu neuen resultatlosen Verhandlungen und zuletzt zur Erneuerung der Fehde, in der der Papst wieder durch Belobigungsschreiben Burchard zu hartnäckigem Widerstande aufforderte⁷⁾. An ein Aufhören des Streites war nicht eher zu denken, als bis Burchard vollkommen unschädlich gemacht war. So beschloßen denn die Bürger von Magdeburg sich der Person des beständigen Unruhestifters zu bemächtigen. Es gelang ihnen, Burchard in ihre Stadt zu locken, in der er dann in der Nacht vom 20/21. September 1325 im Gefängnisse heim-

1) Ludwig erteilte später am 25. Juli 1324 (Riedel B, II, 15) Berthold von Henneberg die Bevollmächtigung, die genannten Edelleute wegen ihres Schadens, den sie in der Mark nehmen würden, an den König von Dänemark zu weisen.

2) Es erhellt dies aus Riedel A, XV, 78.

3) Urkb. d. Stadt Magdeburg a. a. O. S. 174, n. 305.

4) Gesch-Quellen d. Prov. Sachsen XXI, 148 f.

5) Riedel A, IV, 43 f.

6) Vgl. hierüber Urkb. d. Stadt Magdeburg a. a. O. S. 179—184, n. 308—313.

7) Iw. Koch a. a. O. S. 345 ff.

lich ermordet wurde¹⁾. Die Bürger der Stadt hatten freilich diesen Fehltritt später mit schweren Strafen zu büßen, aber sie hatten wenigstens den Erfolg auf ihrer Seite, von der Willkür dieses unruhigen Mannes befreit zu sein. Die Sache des jungen Markgrafen aber erhielt dadurch eine kräftige Förderung, dass dieser lästige Widersacher nicht mehr zu fürchten war. Das Friedensbedürfnis, das endlich nach den fast zehnjährigen Wirren in diesen Gegenden erwachte, wurde auch von der magdeburgischen Geistlichkeit geteilt, zumal da Burchards Nachfolger sich versöhnlich und friedliebend zeigte. Als bald wurde im Jahre 1326²⁾ der langwierige Streit zwischen dem Erzbistum und dem Kapitel und Bischof von Brandenburg beigelegt, die Burchard und dem Papste den hartnäckigsten Widerstand entgegengesetzt und nicht nur der Aufforderung, die päpstlichen Prozesse zu verkünden, nicht nachgekommen waren, sondern sogar den erzbischöflichen Legaten mit den Prozessen und dem Begleitschreiben des Papstes einige Zeit gefangen gehalten hatten³⁾. Am 14. Mai⁴⁾ schlossen dann verschiedene Fürsten in dieser Gegend, Herzog Rudolf von Sachsen, die Grafen Bernhard III. und Albrecht III. von Anhalt und Markgraf Friedrich der Ernsthafte von Meissen einen Landfrieden. Freilich waren die Schwierigkeiten zwischen Markgraf Ludwig und dem Erzbistum noch nicht gelöst; deren Beilegung erfolgte erst im Jahre 1336, indem Markgraf Ludwig am 28. Juni dieses Jahres gegen Zahlung von 6000 Mark Silber die Belehnung mit den von den askanischen Markgrafen früher besessenen Lehen des Magdeburger Erzstiftes empfing⁵⁾. Letzteres hatte demnach seine Oberlehnsherrlichkeit erfolgreich zu behaupten gewusst.

Unter ähnlichen Nachteilen, namentlich bedeutenden

1) Ebendort S. 349.

2) Riedel A, VIII, 227, 228 und 230.

3) Gesch.-Quellen d. Prov. Sachsen. XXI, S. 150, n. 161.

4) Cod. dipl. Anhalt. III, 368/369.

5) Riedel B, II, 106 u. 109.

Kosten, die schwer aufzubringen waren und daher zu Verpfändungen in grösserem Massstabe nötigten, wurde mit Herzog Rudolf von Sachsen eine Einigung erzielt. Von allen, die in der Zeit der Wirren nach Waldemars Tode sich märkischer Landesteile bemächtigt hatten, war er am glücklichsten. Im Zentrum des Landes hatte er sich durch Besitznahme der Mittelmark und Niederlausitz eine so feste Position zu verschaffen gewusst, dass er während dieser ganzen Zeit in deren vollständigen Besitz geblieben war. Ihn daraus zu verdrängen, musste eine der ersten Aufgaben des neuen Markgrafen und seiner Vormünder sein. Die zahlreichen Verleihungen von Rechten an die Bewohner des Landes und unter anderem der Erlass des Judenzinses auf zwei Jahre für Spandau zur Befestigung der Stadt zeigen zur Genüge diese Absichten¹⁾. Allein auf die Dauer war seine Stellung gegenüber dem zunehmenden wittelsbachischen Einfluss im Lande doch unhaltbar. Wir vernehmen von seiner Thätigkeit nach dem Erscheinen des Markgrafen Ludwig zwar nur sehr wenig, jedenfalls aber befand er sich noch im Lande und suchte sich darin zu behaupten. Spuren dieser Art entdecken wir bezeichnenderweise gerade zu der Zeit wieder, in der Berthold von Henneberg durch seine Reise an den Hof des deutschen Königs die märkische Angelegenheit ins Stocken geraten liess. So wird er noch am 3. Mai 1324 von den Konsuln von Beeskow als „unser Herr“ bezeichnet²⁾, und ebenso ist sein Aufenthalt zu Potsdam am 24. August urkundlich bezeugt³⁾. Doch war bereits die Neigung zu einem Ausgleich mit Markgraf Ludwig vorhanden, in dessen Namen Berthold von Henneberg wie mit den andern der Mark benachbarten Fürsten, auch mit ihnen in Unterhandlungen getreten sein muss. Offenbar waren diese der habsburgischen Partei sehr ungelegen, und die österreichischen Herzöge Albrecht Heinrich und Otto versprachen deshalb, um einem Abfall

1) Riedel A, XI, 154; VIII, 225; Suppl. 224 u. 225; A, XI, 29 u. 28.

2) Riedel A, XX, 342.

3) Riedel A, X, 237.

Sachsens von ihrer Seite vorzubeugen, am 14. August 1324 Herzog Rudolf von Sachsen und dessen Bruder Wenzel, dass ihr Bruder Friedrich, wenn er bei dem Königreiche bliebe, sie bei Land und Leuten belassen werde, die sie in der Mark Brandenburg innehätten¹⁾. Auch Herzog Leopold hatte Rudolf von Sachsen bereits am 10. August das Versprechen gegeben, dass er mit dem Herzog Ludwig von Baiern ohne ihn keinen Waffenstillstand oder Frieden machen wolle²⁾. In der That blieben die sächsischen Herzöge noch längere Zeit Gegner der wittelsbachischen Partei; nichtsdestoweniger aber hegten sie den Wunsch einer Annäherung und einer friedlichen Auseinandersetzung mit Markgraf Ludwig, zumals dessen Bestrebungen in der Besitzergreifung des Landes nach Bertholds Rückkehr vom königlichen Hofe im August 1324 wieder energisch aufgenommen und mit Erfolg fortgesetzt waren. Andererseits liess Berthold von Henneberg, den beiderseits bestehenden Neigungen für eine friedliche Einigung entsprechend, nichts unversucht, die Lösung der Schwierigkeiten herbeizuführen. Dass er in diesem Sinne thätig gewesen ist, lernen wir aus den Vertragsverhandlungen mit Heinrich von Mecklenburg kennen. Wenn dieser die Aufgabe übernahm, Herzog Rudolf von Sachsen und die Pommernherzöge zu bewegen, den König von Dänemark als Schiedsrichter anzuerkennen³⁾, so ist dies jedenfalls den Bemühungen Bertholds zuzuschreiben. Zwar gelang es dem Mecklenburger nicht, aber die sächsischen Herzöge zeigten sich doch insofern nicht ganz so hartnäckig, als sie erklärten, dass, wenn König Friedrich sie an König Ludwig weisen würde, sie diesen für ihren rechten Herrn halten und ihr Gut von ihm nehmen würden⁴⁾. Mag nun eine solche Aufforderung an sie von

1) Böhmer S. 252, n. 172.

2) Ebendort S. 252, n. 171.

3) Riedel B, II, 19.

4) Böhmer S. 240, n. 61. Die Urkunde ist dieselbe, wie die Add. II, S. 323, n. 292 mitgeteilte, auf die korrigierend wiederum Add. III, S. 416, n. 419 folgt.

Seiten Friedrichs von Österreich ergangen sein oder nicht, jedenfalls wurde damals noch keine Einigung erzielt, und Rudolf von Sachsen sowie sein Bruder verharren selbst dann noch in der Opposition, als der unglückliche Österreicher in dem Übereinkommen mit Ludwig auf Schloss Trausnitz am 13. März 1325 unter anderen Bedingungen auch die Besitzergreifung der Mark anerkannte¹⁾. Uuter schlauer Berechnung der allgemeinen Reichsverhältnisse hatte König Ludwig diesen diplomatischen Schachzug gewählt; ihnen vor allen, der Besserung seiner politischen Lage im Reiche, kam daher dieser Vertrag zu statten, für die märkischen Angelegenheiten blieb er ohne oder doch von nur geringem Einfluss. Das Verhalten der Herzöge von Sachsen ist der beste Beweis dafür.

Die Unterhandlungen mit ihnen führten auch jetzt noch zu keinem Resultat, sie scheinen daher für die nächste Zeit überhaupt nicht wieder angeknüpft worden zu sein. Ein thatkräftiges Eingreifen mit Waffengewalt war andererseits ebenso ausgeschlossen, sodass die sächsischen Herzöge sich noch einige Jahre behaupten konnten. Denn dass trotz des zunehmenden wittelsbachischen Einflusses deren Herrschaft in der Mittelmark und Niederlausitz nicht ganz zu beseitigen gewesen war²⁾, zeigt auch das Entgegenkommen König Ludwigs, der am 27. Januar 1328 Berthold von Henneberg bevollmächtigte, dem Herzoge Rudolf oder einem anderen „zum Vorteile und Nutzen“ des Markgrafen Ludwig die Belehnung mit der Markgrafschaft Landsberg anzubieten. Der Plan des Königs scheiterte zwar, da Rudolf auf diesen Vorschlag nicht einging. Aber der Wunsch Ludwigs, endlich diese Streitigkeiten zu beenden, bewog ihn, diesen

1) Riedel B, II, 24.

2) Riedel B, II, 54: Nos Ludovicus fatemur' quod nullum habentem bona pheodalia in advocacia Spandow permittimus quicquam de talibus tollere bonis supra festum S. Martini proximum, nisi prius Consules dicte advocacie civitatum adipiscantur et tollant de bonis talibus contributionem quam nunc domino duci Saxoniae pagaverint. Vgl. Heide-
mann a. a. O. S. 154.

missglückten Versuch auf anderer Grundlage zu wiederholen, sodass schliesslich die Einigung zu stande kam. Am 25. Mai 1328 verkaufte Ludwig von Brandenburg unter der Bedingung der Wiedereinlösung innerhalb 12 Jahren die Lausitz mit Beelitz, Brietzen, Gorzeck, Fürstenwalde und Beeskow gegen Zahlung von 16000 Mark Silber an Herzog Rudolf von Sachsen „vor cost und schaden, die se (Rudolf und seine Erben) wantt heft uf die marke zu Brandenburg“. Ausserdem verpflichtete er sich, ihm die Mitbelehnung für jene Gebiete von seinem Vater zu erwirken¹⁾. Rudolf erkannte diesen Vertrag, der zu Goltzow bei Brandenburg geschlossen wurde, an und konnte in der That mit seinem Erfolge zufrieden sein. Namentlich die Mitbelehnung war von höchstem Werte, und sie ist offenbar das ihn bestimmende Moment gewesen, das ihm diesen Vertrag annehmbar machte. Vielleicht mag auch die Hoffnung für ihn sehr verlockend gewesen sein, dass nämlich der junge Markgraf bei der beständigen Geldnot, in der er sich befand, nicht im stande sein würde, die Einlösung innerhalb der festgesetzten Zeit zu vollziehen. Die rechtmässig erworbenen Ansprüche auf die genannten Gebiete sicherten ihm in diesem Falle dann deren ferneren tatsächlichen Besitz.

Andererseits zog Markgraf Ludwig aus diesem Vertrage nicht unbedeutende Vorteile. Das Zentrum des Landes, die Mittelmark, war jetzt in seiner Gewalt, „jetzt endlich fing er an, Herr in seinem eigenen Hause zu werden“²⁾. Mit den meisten Nachbarfürsten war er um diese Zeit in ein friedlicheres Verhältnis getreten, sofern man überhaupt von einem solchen sprechen kann in einer so fehde-reichen und fehdelustigen Zeit, in der eigentlich ein beständiger Kriegszustand herrschte. Die Politik der Rückeroberung des Landes war im wesentlichen nunmehr beendet. Nur die pommersche Frage harrete noch der endgiltigen Lösung, und mühselige Kämpfe und mannigfache Kompromisse

1) Riedel B, II, 51.

2) Heidemann a. a. O. S. 154.

waren noch nötig, bis auch sie schliesslich geregelt wurde. Wir hatten ausgeführt¹⁾, wie der Ausbruch des rügischen Erbfolgestreites und die daran sich knüpfenden Wirren dem jungen Markgrafen sehr zu statten kamen und ihn einstweilen vor den Angriffen Mecklenburgs und Pommerns sicherten. Zu einer Anerkennung ihrer Lehnsabhängigkeit von Brandenburg liessen sich die pommerschen Herzöge aber ebenso wenig bereit finden; der friedliche Versuch der Einigung (25. August 1326)²⁾ unmittelbar nach dem Tode Wartislaws IV. blieb ohne Erfolg. Scheinbar besser verliefen die Verhandlungen, die Graf Ulrich von Lindow einleitete und unter Mitwirkung Bertholds von Henneberg, den König Ludwig am 13. März mit Rügen belehnt hatte³⁾, zum Abschlusse kamen⁴⁾. Die Herzöge von Pommern verpflichteten sich nicht nur, die aufgerichtete „Sühne“ zu halten und die Heirat Ottos von Stettin mit einer bairischen Prinzessin zu vollziehen, sondern auch dem Markgrafen Ludwig gegen seine Widersacher Beistand zu leisten. Offenbar betraf dieses Übereinkommen mehr Grenzstreitigkeiten, als den eigentlichen Streitpunkt, die Lehnsfrage. Um eine Einigung zu erzielen, scheint dies Verhältnis nicht so stark betont worden zu sein, jedenfalls unterblieb damals die formelle Anerkennung der Oberlehnshoheit Brandenburgs. Das Ergebnis war daher in Wirklichkeit ein negatives, und der Streit flammte wieder auf, als König Ludwig am 27. Januar 1328 von Rom aus in einem drohenden und energischen Schreiben die Anerkennung des brandenburgischen Oberlehnsrechtes von den Herzögen forderte⁵⁾. Die Verhandlungen, die noch fortgedauert hatten⁶⁾, wurden jetzt abgebrochen, und der Abschluss des Friedens zu Brudersdorf am 27. Juni 1328, die

1) Seite 70.

2) Riedel B, II, 31 und 36; Heidemann a. a. O. S. 142 f.

3) Böhmer S. 34, n. 929; Zickermann a. a. O. S. 101.

4) Riedel B, II, 41; Zickermann a. a. O. 101.

5) Riedel B, II, 43.

6) Riedel B, II, 49; vgl. Heidemann a. a. O. S. 152.

Beendigung des rügischen Erbfolgestreites¹⁾, gab den Pommernfürsten freie Hand, sich gegen Brandenburg zu wenden. Der Friedensversuch am 29. Januar 1330²⁾, der den offenen Feindseligkeiten gefolgt war und durch ein Schiedsgericht die Streitfrage zur Erledigung bringen sollte, blieb natürlich ebenso ergebnislos³⁾, als frühere Versuche. Wie wenig sich die Herzöge davon versprochen, zeigt, dass sie noch in demselben Jahre zum Papste Johann XXII. in nahe Beziehungen traten und ihn als Oberlehnsherrn anerkannten, ja sogar einen Lehnbrief ausgestellt erhielten⁴⁾. Eine Änderung zum Bessern in den Beziehungen zwischen Brandenburg und Pommern trat erst wieder ein, als König Ludwig nach seiner Rückkehr aus Italien sich zum Einlenken entschloss. Er hatte ursprünglich die Absicht gehabt, persönlich die Regelung der märkischen Angelegenheiten zu unternehmen⁵⁾, wurde aber durch die zunehmenden Schwierigkeiten im Reiche von diesem Gedanken wieder abgebracht. Seine damalige Stellung bewog ihn auch, soweit zu gehen, dass er den Pommerherzögen sogar Vormundschaft für kürzere Zeit übertrug⁶⁾. Natürlich konnte unter diesen Umständen von einer Geltendmachung der Lehnsansprüche keine Rede sein, aber ebenso wenig wurde ein Verzicht darauf ausgesprochen. Noch zweimal gingen die Streitigkeiten in offene Feindseligkeiten über, in deren Verlauf das Glück nicht gerade auf der Seite Ludwigs von Brandenburg war. Nachdem nämlich die Brandenburger am 1. August 1332 am Kremmer Damme geschlagen waren⁷⁾, brach nach Ablauf des darauf geschlossenen Landfriedens zu Lippehne (28. Juni 1333)⁸⁾ der Streit im Jahre 1337 von

1) Meckl. Urkdb. VIII, 564, n. 4940.

2) Riedel B, II, 61.

3) Heidemann a. a. O. S. 152.

4) Böhmer S. 224, n. 217; Zickermann a. a. O. S. 103.

5) Riedel B, II, 63 ff.

6) Zickermann a. a. O. S. 104.

7) Pomm. Urkdb. I, 489.

8) Riedel B, II, 74.

neuem aus¹⁾, dem diesmal aber ein dauernder Friedensschluss folgte. Am 11. Januar 1338 wurde zu Lübeck ein sechsjähriger Landfriede geschlossen²⁾, und im August auf dem Reichstage zu Frankfurt die Streitfrage endlich erledigt³⁾. Das Ergebnis war für Brandenburg nicht günstig. Markgraf Ludwig verzichtete nämlich für sich und seine Nachkommen auf die Lehnsherrlichkeit über Otto von Stettin und Barnim, deren Lehnsv Verbindung mit der Mark demnach gelöst wurde. Als Ersatz für diesen Verzicht erhielt der neue Markgraf die Zusicherung, dass die jetzigen und zukünftigen Länder der genannten Pommernherzöge für den Fall des Aussterbens des herzoglichen Hauses an ihn und seine Erben fallen sollten. Unerwähnt blieben freilich in diesem Vertrage die Herzöge der anderen Linie, die Söhne Wartislaws von Pommern-Wolgast, aber der Umstand, dass später des Vassallitätsverhältnisses ihnen gegenüber nicht mehr gedacht wurde, lässt vermuten, dass auch in diesem Falle die brandenburgische Politik erfolglos geblieben ist.

Die pommersche Frage war der letzte Ausläufer der Streitigkeiten, die unmittelbar nach dem Erlöschen des askanischen Hauses sich um märkische Gebiete entsponnen hatten, ihre Regelung daher auch deren Abschluss. Wohl war es König Ludwig gelungen, das märkische Hauptland seinem Hause zu sichern, aber der brandenburgische Kurstaat hatte schwere Einbussen an Macht erlitten. Nicht nur betrafen sie den äusseren Umfang des Landes, als vielmehr die markgräfliche Gewalt im Innern. Äussere Kämpfe und Zerrüttungen waren nach Waldemars Tode das Erbteil der Mark geworden, und ein innerer Zersetzungsprocess war damit Hand in Hand gegangen. Ein Hoheitsrecht, ein Domanialbestandteil nach dem andern ging in der Zeit der märkischen Anarchie für geleistete Dienste und Vorschüsse

1) Zickermann a. a. O. S. 107.

2) Mecklb. Urkdb. IX, 96, n. 5844.

3) Riedel B, II, 125, 129, 135 und 137. Vgl. Zickermann a. a. O. S. 107 ff.

oder erlittene Schäden an die Stände verloren, der junge Markgraf sah sich in den unaufhörlichen Bedrängnissen seiner äusseren und inneren Lage an die Hilfe seiner vermögenden Stände gebunden und zu immer weiteren Zugeständnissen und Verlusten seiner landesherrlichen Rechte genötigt. Gerade in dieser Beziehung ist der Übergang der Mark an die Wittelsbacher bemerkenswert, indem während der Auflösung der märkischen Verhältnisse nach Waldemars Tode und unter den Fehlschlägen der Politik Ludwigs von Baiern und deren Rückwirkungen auf die Mark die später so unheilvolle Mitwirtschaft der Stände sich schnell entwickelte.

the first of these is the fact that the
the second is the fact that the
the third is the fact that the
the fourth is the fact that the
the fifth is the fact that the
the sixth is the fact that the
the seventh is the fact that the
the eighth is the fact that the
the ninth is the fact that the
the tenth is the fact that the
the eleventh is the fact that the
the twelfth is the fact that the
the thirteenth is the fact that the
the fourteenth is the fact that the
the fifteenth is the fact that the
the sixteenth is the fact that the
the seventeenth is the fact that the
the eighteenth is the fact that the
the nineteenth is the fact that the
the twentieth is the fact that the
the twenty-first is the fact that the
the twenty-second is the fact that the
the twenty-third is the fact that the
the twenty-fourth is the fact that the
the twenty-fifth is the fact that the
the twenty-sixth is the fact that the
the twenty-seventh is the fact that the
the twenty-eighth is the fact that the
the twenty-ninth is the fact that the
the thirtieth is the fact that the
the thirty-first is the fact that the
the thirty-second is the fact that the
the thirty-third is the fact that the
the thirty-fourth is the fact that the
the thirty-fifth is the fact that the
the thirty-sixth is the fact that the
the thirty-seventh is the fact that the
the thirty-eighth is the fact that the
the thirty-ninth is the fact that the
the fortieth is the fact that the
the forty-first is the fact that the
the forty-second is the fact that the
the forty-third is the fact that the
the forty-fourth is the fact that the
the forty-fifth is the fact that the
the forty-sixth is the fact that the
the forty-seventh is the fact that the
the forty-eighth is the fact that the
the forty-ninth is the fact that the
the fiftieth is the fact that the
the fifty-first is the fact that the
the fifty-second is the fact that the
the fifty-third is the fact that the
the fifty-fourth is the fact that the
the fifty-fifth is the fact that the
the fifty-sixth is the fact that the
the fifty-seventh is the fact that the
the fifty-eighth is the fact that the
the fifty-ninth is the fact that the
the sixtieth is the fact that the
the sixty-first is the fact that the
the sixty-second is the fact that the
the sixty-third is the fact that the
the sixty-fourth is the fact that the
the sixty-fifth is the fact that the
the sixty-sixth is the fact that the
the sixty-seventh is the fact that the
the sixty-eighth is the fact that the
the sixty-ninth is the fact that the
the seventieth is the fact that the
the seventy-first is the fact that the
the seventy-second is the fact that the
the seventy-third is the fact that the
the seventy-fourth is the fact that the
the seventy-fifth is the fact that the
the seventy-sixth is the fact that the
the seventy-seventh is the fact that the
the seventy-eighth is the fact that the
the seventy-ninth is the fact that the
the eightieth is the fact that the
the eighty-first is the fact that the
the eighty-second is the fact that the
the eighty-third is the fact that the
the eighty-fourth is the fact that the
the eighty-fifth is the fact that the
the eighty-sixth is the fact that the
the eighty-seventh is the fact that the
the eighty-eighth is the fact that the
the eighty-ninth is the fact that the
the ninetieth is the fact that the
the ninety-first is the fact that the
the ninety-second is the fact that the
the ninety-third is the fact that the
the ninety-fourth is the fact that the
the ninety-fifth is the fact that the
the ninety-sixth is the fact that the
the ninety-seventh is the fact that the
the ninety-eighth is the fact that the
the ninety-ninth is the fact that the
the hundredth is the fact that the

Im Verlage von **C. A. Kaemmerer & Co.** in **Halle a. S.**
erschienen ferner:

Hallische Beiträge
zur Geschichtsforschung.

Herausgegeben
von **Theodor Lindner.**

Heft I. **Theodericus Pauli, ein Geschichtsschreiber
des XV. Jahrhunderts und sein speculum
historiale.** Von Dr. Werner Focke. 122 S.
Preis 2 M.

Heft II. **Die Wahl Urbans VI. 1378.** Von
Dr. Richard Jahr. 96 S. Preis 1 M. 50 Pf.

Heft III. **Eckard von Ders, Bischof von Worms
1370—1405.** Von Dr. Kurt Wiemann. 76 S.
Preis 1 M. 50 Pf.

Zur Entstehung des Kurcollegiums. Von Dr.
Reinhold Kirchhöfer. 192 S. Preis 3 M. 60 Pf.



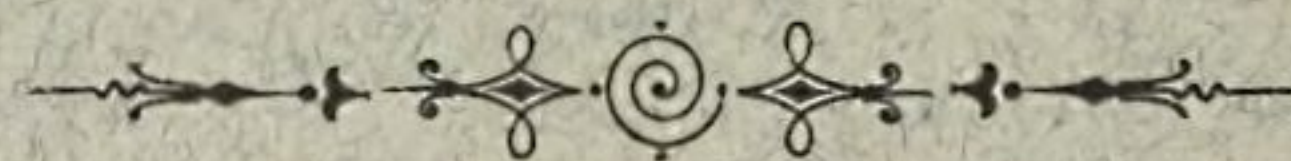
Im Verlage von **C. A. Kaemmerer & Co.** in Halle a. S.
erschienen ferner:

Hallische Beiträge
zur Geschichtsforschung.

Herausgegeben
von **Theodor Lindner.**

- Heft I. **Theodericus Pauli, ein Geschichtsschreiber
des XV. Jahrhunderts und sein speculum
historiale.** Von Dr. Werner Focke. 122 S.
Preis 2 M.
- Heft II. **Die Wahl Urbans VI. 1378.** Von
Dr. Richard Jahr. 96 S. Preis 1 M. 50 Pf.
- Heft III. **Eckard von Ders, Bischof von Worms
1370—1405.** Von Dr. Kurt Wiemann. 76 S.
Preis 1 M. 50 Pf.

Zur Entstehung des Kurcollegiums. Von Dr.
Reinhold Kirchhöfer. 192 S. Preis 3 M. 60 Pf.



Salchow, Gustav

Der Uebergang der Mark Brandenburg an das Haus Wittelsbach

Halle a.S. 1893

H.misc. 25 ca-1/5

urn:nbn:de:bvb:12-bsb11619266-5